

Manfred Tremel (Hg.)

Geschichte des modernen Bayern

Königreich und Freistaat

Dokumente

Teil II: Bayern in der Weimarer Republik

Verlag Friedrich Pustet
Regensburg

Inhalt

Dok. 1:	Bericht Oskar Maria Graf's über den Verlauf des politischen Umsturzes in München	3
Dok. 2:	Aufruf Kurt Eisners an die Bevölkerung Münchens vom 8. November 1918	6
Dok. 3:	„Produktive Demokratie“: Eine Erklärung Kurt Eisners zur Rolle der Räte und Berufsverbände	8
Dok. 4:	Bericht des Vertreters der amerikanischen Delegation zur Friedenskonferenz in Versailles, Herbert Haviland Field, über seine Besuche bei Kurt Eisner (13. und 17. Februar 1919)	12
Dok. 5:	Proklamation der Räterepublik Baiern vom 7. April 1919	15
Dok. 6:	Bericht Viktor Klemperers für die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ über „Die dritte Revolution in Bayern“ (9. April 1919) [Auszüge]	17
Dok. 7:	Funkverkehr zwischen der kommunistischen Räterepublik München und Lenin (April 1919)	19
Dok. 8:	Das Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei, September 1920	21
Dok. 9:	Auszug aus dem Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern (Gustav von Kahr) vom 19. Juli 1922 zur politischen Stimmung nach dem Rathenau-Mord und angesichts der parlamentarischen Beratung des Republikenschutzgesetzes	23
Dok. 10:	Erinnerungen des späteren Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard – 1924 Staatsanwalt beim Hitler-Prozess – an den Prozessverlauf und das Verhalten General Ludendorffs	25
Dok. 11:	Satirische Anzeige der Münchener Post (18./19.6.1924) zur andauernden Suche eines neuen Ministerpräsidenten nach dem Rücktritt Eugen Ritter von Knilling ..	27
Dok. 12:	Karl Schwend: Der „billigere“ Einheitsstaat (Dezember 1927)	28
Dok. 13:	Ansprache des Staatsministers der Justiz, Dr. Franz Gürtner, beim Festakt der Bayerischen Staatsregierung zum Ende der französischen Besatzung in der Rheinpfalz (Speyer, 1. Juli 1930)	32
Dok. 14:	Stenographischer Bericht der sog. Skandalsitzung im Bayerischen Landtag am 17. Juni 1932 (Tumulte angesichts des Saalverweises der NSDAP-Fraktion wegen Uniformtragens)	36
Dok. 15:	Rede Wilhelm Hoegners auf dem SPD-Bezirksparteitag am 25.9.1932 in München	40
Dok. 16:	Schreiben des faktisch nicht mehr amtierenden Ministerpräsidenten Dr. Heinrich Held an Reichskommissar General Franz Ritter von Epp vom 19. März 1933	45

Dok. 1: Bericht Oskar Maria Grafs über den Verlauf des politischen Umsturzes in München

In dem 1927 publizierten autobiographischen Roman „Wir sind Gefangene“ schildert der Schriftsteller Oskar Maria Graf seine Erlebnisse in der Münchener Umsturnnacht vom 7. November 1918. Graf, der schon längere Zeit der USPD nahegestanden hatte, beteiligte sich an der großen Friedensdemonstration auf der Theresienwiese und schloss sich dann dem Zug zu den Kasernen an, die sich fast widerstandslos ergaben. Die – natürlich von Sympathie für die Revolution getragene – Schilderung der Ereignisse ist wohl das eindrucklichste Zeugnis zum Verlauf jener Stunden.

Auf den Straßen sah ich große gelbe Anschläge mit fetten Lettern, die vor Ausschreitungen warnen. Verfügungen waren es gegen die zu erwartenden Demonstrationen. Sozialdemokraten und Unabhängige forderten die Massen auf, heute nachmittag um drei Uhr auf der Theresienwiese zu erscheinen. [...] „Heut kann sich was entscheiden“, meinte mein Freund, als wir uns auf den Weg machten. Wir trafen etliche Bekannte. Eine Arbeiterin riß jeden Verfügungsanschlag herunter. Ab und zu schrie sie: „Hoch die Revolution!“ Schutzmann war keiner zu sehen. Je näher wir der Wiese kamen, desto mehr Menschen wurden es. Alle hatten es eilig. Vor der Bavaria waren dichte Massen und wuchsen von Minute zu Minute. Auf den Hängen und von den Treppen des Denkmals herab redeten Männer. Da und dort sah man eine rote Fahne aufragen. „Hoch!“, schrie es, dann wieder „Nieder!“ Die Menge schob sich unruhig ineinander, Gedränge entstand. Wir fanden endlich Eisner, der weither von einem Seitenhang herunterschrie... Wenn er einen Augenblick Atem holte, klangen die Stimmen der anderen Redner auf. Immer mehr und immer mehr Leute kamen. Unabsehbar war die Schar der Zusammengeströmten, wie ein Ameisenhaufen, schwarz und bewegt.

„Herrgott, heut ist ja ganz München da... Da wär’ doch was zu machen! Hoffentlich gehen sie heut nicht wieder heim und tun nichts“, sagte ich zu Schorsch. Ein bärtiger Hüne in Militäruniform hatte es gehört, lächelte überlegen und meinte superklug: „Nana, heut gehn wir net hoam... Heut geht’s ganz wo anders hin... Gleich werd’s losgehn.“ „Es lebe der Friede!“, schrien in diesem Augenblick um mich herum die Leute. „Frie-ie-iede!“ pflanzte sich fort und scholl weithin. Und brausend riefen alle: „Hoch Eisner! Hoch die Weltrevolution!“ Ungefähr eine Minute war es still. Von der Bavaria herüber drangen Beifallsrufe. Wir drängten uns über den Hang hinauf. Plötzlich schrie Felix Fechenbach in Feldgrau laut und beinahe kommandomäßig in die bewegte Menge: „Genossen! Unser Führer Kurt Eisner hat gesprochen. Es hat keinen Zweck mehr, viele Worte zu verlieren! Wer für die Revolution ist, uns nach! Mir nach! Marsch!“ Und mit einem Schlage gerieten die johelnden Massen ins Vorwärtsdrängen. Wie eine kribblige, schwarze Welle wälzten sich die tausend und abertausend Menschen hangaufwärts auf die Straße; weiter ging es im Schnellschritt, an geschlossenen Häusern und herabgezogenen Rolläden vorbei, den Kasernen zu. Wir marschierten, eingekeilt von einer dahinstürmenden Menge, fast ganz an der Spitze, kaum fünf Schritt weit entfernt von Eisner, den ich unablässig betrachtete. Er war blaß und schaute todernst drein; nichts

redete er. Fast sah es aus, als hätte ihn das jähe Ereignis selbst überfallen. Ab und zu starrte er gerade vor sich hin, halb ängstlich und halb verstört. Arm in Arm mit dem breitschulterigen, wuchtig ausschreitenden blinden Bauernführer Gandorfer ging er. Diese Gestalt bewegte sich viel freier, derb auftretend, fest, und so eben wie ein bayrischer Bauer dahingeht. Um die beiden herum war der Stoßtrupp der Getreuesten. Der Marsch hatte begonnen und war unaufhaltsam. Keine Gegenwehr kam. Alle Schutzleute waren wie verschwunden. Aus vielen offenen Fenstern der Häuser schauten neugierige Menschen auf uns herunter. Überall gesellten sich neue Trupps zu uns, nun auch schon einige Bewaffnete. Die meisten Menschen lachten und schwatzten, als ging's zu einem Fest. Hin und wieder drehte ich mich um und schaute nach rückwärts. Die ganze Stadt schien zu marschieren. Wir erfuhren auch schon, daß die Matrosen die Residenz genommen hatten. „Da, da! Geht's schneller! Da geht's los!“, schrie wer hinter uns, und alles fing zu laufen an. Ein wüstes Gedränge entstand. In die aufgerissene Tür der Guldeinschule stürmten wir. Auf einmal standen wir festgestaut in einem dunklen Gang. „Halt!“, brüllte wer. „Ha-a-alt!“, wiederholte sich brüchig und ging unter. „Da, Hund!“, plärrte es vorne, und ein ungeheurer Tumult entstand. Ich stemmte mich mit beiden Ellenbogen und wollte weiter. Aber schon schoben sich die Vorderen wieder zurück und drückten uns auf die Straße. Jäh knallte ein Schuß und riß für eine Sekunde die Stille auf, die gleich wieder im Geheul und Schrittgemeng unterging. Wie auf ein Signal stürmten jetzt die Rotten in den Gang, auch Bewaffnete sah ich jetzt. Durcheinandergerede, Schreie, und plötzlich riß einer oben das Fenster auf, schwenkte eine rote Fahne heraus und schrie: „Die Mannschaft hat sich für die Revolution erklärt! Alles ist übergegangen! Weitergehen, Marsch, marsch! Weiter!“ „Bravo! Hoch! Hoch die Revolution!“, johlten alle auf der Straße, und aus der Guldeinschule kamen Soldaten mit und ohne Gewehr, an den Läufen rote Sacktücher. Im Sturmschritt bewegte sich der Zug durch die Stadt. [...] Die meisten Kasernen ergaben sich kampfflos. Es kam auch schon ein wenig System in dieses Erobern: Eine Abordnung stürmte hinein, die Masse wartete. In wenigen Minuten hing bei irgendeinem Fenster eine rote Fahne heraus, und ein mächtiger Jubel erscholl, wenn die Abordnung zurückkam. Jetzt zerteilte sich der Zug auch, eine Menge zog dahin, die andere dorthin. „In der Max II-Kaserne wollen sie schießen“, raunte es von Ohr zu Ohr. Das trieb uns erst recht an. Aber es kam anders. Der Posten warf sofort sein Gewehr weg und ging mit uns. Durch das große Tor liefen wir, geradewegs in den weiten Hof. Merkwürdig, da stand ein Offizier älteren Jahrgangs vor gradlinig aufgestellten Soldaten und kommandierte Übungen. Er kam nicht einmal dazu, sich umzudrehen. Einer schlug mit aller Gewalt von hinten auf seinen Kopf und trieb ihm den Helm bis tiefer unter die Ohren. Lautlos sank der Getroffene um, und schon in der nächsten Sekunde schlugen die Soldaten wie auf Befehl ihre Gewehre auf den Boden, daß sie krachend auseinanderbrachen. Lachend liefen sie über. „Aus ist's! Revolution! Marsch!“, hörte ich im Tumult. Ein Älpler juchzte wie beim Schuhplatteln. Seitlich in einem Menschenhaufen hielt einer eine Rede und forderte auf zur Gründung eines Soldatenrates. Der Zug marschierte ins Freie, gegen die Militärarrestanstalt. Die war rundum verschlossen und lag still da. Leitern und Wagendeichseln wurden herbeigeschleppt, Steine flogen gegen die vergitterten Fenster, Drohrufe erschollen, einige Soldaten schlugen mit Gewehren und Beilen gegen die verschlossene Tür, und schon wollte alles Sturm laufen. Da tat sich die Tür auf, und alles jagte in den Gang. Ich wurde förmlich mitgeschleift und fand mich erst oben in den kalten, dumpfriechenden, lärmgefüllten Gängen wieder. Noch

heute sehe ich, wie sich die Zellentüren öffnen und die Häftlinge herauskommen. Einer schaute uns groß und fremd an, zuckte und fing plötzlich herzzerreißend zu schluchzen an. Dann fiel er matt einem kleinen Mann an die Brust und klammerte sich an ihn. In einem fort heulte er: „Da-ank-schön! Dankschön!... Ver-vergelt's Gott, vergelt's Gott!“ „Rache!“, gellte es und wiederholte sich: „Rache den Schindern!“ Sofort fingen Leute an, die Wärter und Beamten zu suchen. Drunten hörten wir einen Heidenlärm und Niederschlagen von Stöcken und Gewehrkolben. Dann wieder schrie wer: „Ruhe! Ruhe!“ Anscheinend lynchte man wen. Sehen konnte ich nichts. Bloß so nebenbei sagten Leute: „Die sind schon hin!“

Über allen Lärm hinweg schrie es dröhnend: „Alles raus! Truppen rücken an!“ Kopflös, in wildem Galopp stürzte alles ins Freie, und erst drunten erfuhr man, daß gar nichts sei. Da und dort standen Rotten mit je einem Redner, der sofortige Bildung von Soldatenräten forderte. Endlich ging es der Stadt zu.

[...] Gegen acht Uhr abends ungefähr landeten wir über der Isar, im Franziskanerkeller. Dort erfuhren wir, daß die Mehrheitssozialdemokraten unter Auers Führung mit Musik, ganz züchtig und geordnet, durch die Stadt gezogen waren und sich am Maxmonument zerstreut hatten. Ein wüstes, bellendes Gelächter erscholl bei dieser Kunde. „Scheißkerle! Schulbuben!“ spottete jeder. „Das ist die Armee der Reaktion“, schrie wer, und „Jawohl! Jawohl!“, antwortete es von allen Seiten. Unschlüssig stand die gestaute Masse da. Es hieß, Eisner würde im Saal sprechen. Die Revolution hatte gesiegt. Alles war in ihren Händen, Post und Telegraph, Bahnhof und Residenz, Landtag und Ministerium.

Ich hatte Hunger. „Gehn wir in die Wirtsstube und essen und trinken was“, sagte ich zu Schorsch. Wir drängten uns durch und traten in das rauchige Lokal. Da saßen breit und uninteressiert Gäste mit echt Münchnerischen Gesichtern. Hierher war nichts gedrungen. „Wally, an Schweinshaxn!“ rief ein beliebter, rundgesichtiger Mann der Kellnerin zu. Dort aß einer, dort spielten sie Tarock wie immer. Niemand kümmerte sich um uns. „Mensch! Sowas!“, konnte ich nur herausbringen, so verblüfft war ich. Wir bestellten Bier und Wurst und schlangen alles hastig hinunter. Ich horchte aufmerksam, ob nicht doch irgendjemand wenigstens *ein* Wort über die Geschehnisse sagen würde. Nichts, gar nichts von alledem! „Wally, an Schweinshaxn!“ *Dies* schien hier die einzige Situation zu sein. [...]

Am andern Tag klebten die Litfaßsäulen voll von Erlassen der neuen Regierung. In der Stadt war es ruhig. Lastautos mit Bewaffneten fuhren herum, Maschinengewehre standen vor den öffentlichen Gebäuden, Militärpatrouillen sah man. Sogar von den Frauentürmen herunter wehte die rote Fahne.

(Oskar Maria Graf: Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis. Mit einem Vorwort von Konstantin Wecker, 2. Auflage Berlin 2011, S. 360-367, mit Auslassungen)

Dok. 2: Aufruf Kurt Eisners an die Bevölkerung Münchens vom 8. November 1918

Revolutionsführer Kurt Eisner, der hier noch als Vorsitzender des „Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern“ zeichnet, richtete in der Umsturznacht einen ersten Aufruf an die Bevölkerung Münchens. Er verkündete darin den Sieg der Revolution und die Proklamation des Freistaates Bayern, die den „Anbruch einer neuen Zeit“ markieren sollte. Der Aufruf kündigt konkrete Veränderungen an, ist jedoch auch von revolutionärem Idealismus geprägt – etwa der Hoffnung auf eine führende Rolle Bayerns beim Aufbau des Völkerbundes. Der programmatische Satz „Jedes Menschenleben soll heilig sein“ gilt heute als Symbol für Eisners Pazifismus.

An die Bevölkerung Münchens!

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchener Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert.

Bayern ist fortan ein Freistaat.

Eine Volksregierung, die vom Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.

Eine neue Zeit hebt an!

Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten.

Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterungen zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenze überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbeiführen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt.

Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrechterhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen.

Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen. Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende politische und soziale Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter, Bürger Münchens!

Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, daß sich die unvermeidliche Umwälzung rasch, leicht und friedlich vollzieht.

In dieser Zeit des sinnlosen, wilden Mordens verabscheuen wir neues Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahret Ruhe und wirket mit am Aufbau der neuen Welt!

Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit geführt.

Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Friede! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern.

Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

(zitiert nach: Peter Kritzer: Bayern ist fortan ein Freistaat, Rosenheim 1992, S. 106 ff.)

Dok. 3: „Produktive Demokratie“: Eine Erklärung Kurt Eisners zur Rolle der Räte und Berufsverbände

Das Verhältnis der neu entstandenen Räteorganisationen zu dem aus allgemeinen Wahlen gebildeten Landtag blieb in der Revolution umstritten; auch die Revolutionäre hatten dazu meist keine präzise Vorstellung. Kurt Eisner, der einflussreichste Vertreter der Räteidee in Bayern, sah in ihnen vor allem Instrumente der politischen Emanzipation, die die breiten Massen langsam an eine aktive Mitarbeit im und für das Gemeinwesen gewöhnen sollten. Dies war aus seiner Sicht unbedingt notwendig, da sich die meisten Menschen bisher nur um ihre persönlichen und beruflichen Angelegenheiten gekümmert, die Staatspolitik jedoch einer kleinen Minderheit überlassen hätten. Eine aktive, nicht bloß formale Demokratie könne jedoch nur mit Bürgern gelingen, die in der Lage seien, die eigenen Standesinteressen mit dem Gemeinwohl zu verbinden.

Meine Damen und Herren!

In der Revolutionsnacht vom 7. zum 8. November wurde die Improvisation einer provisorischen Nationalversammlung bewerkstelligt. Wir wollten keinen Augenblick das Land ohne Parlament lassen. Infolgedessen wurde das durch die Revolution und durch sein eigenes Tun erledigte alte Parlament sofort durch ein neues ersetzt. Das war eine Improvisation; mehr konnte es nicht sein.

Aber aus dieser Improvisation erwuchs die gegenwärtige provisorische Nationalversammlung. Ihre Grundlage bilden die drei Räte¹, die aus der Revolution entstanden sind, und diese wurden ergänzt durch die Sozialdemokratische Fraktion, die aus dem alten Parlament übernommen ist, durch die Fraktion der Bauernbündler und einzelne Vertreter der Liberalen. Dann aber trat ein neues Element hinzu: berufsständische Gruppen, Vertreter der organisierten Berufe.² Diese berufsständische Vertretung, die diese Nationalversammlung auszeichnet und die ein ganz anderes Gesicht gibt, als irgendein Parlament sonst bisher hatte, diese berufsständische Vertretung erfordert ein Wort der Aufklärung. Sie wissen, berufsständische Vertretung ist eine reaktionäre Forderung, eine Forderung der Konservativen. Wie kommt ein revolutionäres Parlament dazu, eine solche Vertretung seinem Parlament einzufügen? Gerade die Organisation der Berufe soll ein festes Element der Erhaltung des revolutionären Geistes sein. Wenn wir im Deutschland der alten Zeit unter irgendeiner Erscheinung litten, so war es die, daß, statt Politik zu treiben, die große Mehrheit des Volkes sich absonderte und verengte in seinen geschäftlichen und beruflichen Interessen. Wohl in keinem anderen Volke blühten so üppig die beruflichen Organisationen. Es gab kaum einen Menschen, der nicht einer Organisation angeschlossen war; aber diese beruflichen Organisationen vertraten durchaus nur die Interessen der Berufe; und das war der neue Gedanke, der uns beherrschte,

1 Eisner bezieht sich hiermit auf die drei in der Revolution gebildeten Rätetypen (Arbeiter, Soldaten, Bauern).

2 Entsprechend der Zusammensetzung des provisorischen Nationalrats unterscheidet Eisner hier also Räte und Berufsorganisationen (z. B. Gewerkschaften, Lehrervereine, Konsumvereine, Handwerkskammern).

als wir dem Verlangen der Organisationen nachgaben und ihre Vertreter in dieses Parlament einluden: wir wollten die beruflichen Organisationen aus der Enge ihrer eigensten Interessen herausführen, wir wollten die beruflichen Organisationen politisieren. Und das scheint mir die neue Demokratie zu sein. Jeder, der arbeitet, also auch jede Organisation von Arbeitenden soll nicht nur die persönlichen und beruflich-wirtschaftlichen Interessen vertreten, nicht nur die Standes- und Gewerksinteressen, sondern sie soll die gesamte Arbeit eines bestimmten Berufs in den Dienst der Demokratie stellen. Der Anteil der Arbeit jeden Berufs an der Gesamtheit soll die demokratische Grundlage der Gesellschaft bilden.

So entstanden die Räte, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Die Arbeiterräte sollen nicht wie die Gewerkschaften nur die beruflichen Interessen des Proletariats vertreten, die Arbeiterräte sollen die proletarische Arbeit in den Dienst der allgemeinen Politik stellen.

So ist es auch bei den Soldatenräten. Die Soldatenräte haben nicht die Aufgabe, nur die Interessen der Soldaten zu vertreten, sondern sie sollen sich in den Dienst der Gesamtheit stellen. Die, die den Krieg bisher gefördert haben, fördern mußten, diese Soldaten sollen jetzt am Friedenswerke mit-helfen.

Endlich die Bauernräte! Das sind keine bloßen landwirtschaftlichen Interessen-Organisationen. So, wie sie geplant sind und wie sie mein Freund Ludwig Gandorfer, der Unvergeßliche, der leider zu früh Abberufene, in seinem klaren Geiste trug, die Bauernräte sollen auch den Bauernstand eingliedern in die neue Demokratie. Wenn der Bauer auf seinem Boden arbeitet, wenn er für das Land, das ganze Land die Ernährung schafft, so soll er bei aller Berücksichtigung seiner eigenen und persönlichen Interessen doch stets sich bewußt sein, daß der Bauer ein Mitglied der neuen Demokratie ist und daß seine Arbeit nicht nur für ihn selbst geleistet wird, sondern geleistet wird im Geiste der Gemeinschaft für die Gesamtheit.

So steht es um alle anderen Organisationen der Berufe, um die geistigen Berufe, um die Verkehrsbeamten usw. Von der Entwicklung dieser Gedanken wird das Schicksal der deutschen, der bayerischen Demokratie abhängen. Das ist es, was man unter lebendig tätiger Demokratie versteht; gegenüber der rein formalen staatsrechtlichen Demokratie, der Demokratie, die auf der Gleichheit aller beruht, tritt, ich möchte den Ausdruck wagen, die produktive Demokratie, die nicht nur das Recht gleicher Teilnahme gibt, sondern die Pflicht gleicher Mitarbeit. Aus dieser produktiven Demokratie, aus dieser lebendigen Teilnahme aller Glieder des Volkes an der Gesamtheit der Nation wächst ganz konsequent der Sozialismus heraus. Man könnte sagen, daß Sozialismus nichts anderes ist als produktive Demokratie, arbeitende Volksgemeinschaft. Die gegenwärtige Regierung und, wie ich hoffe, diese provisorische Nationalversammlung haben ein festes Programm. Sie werden von ganz bestimmten Gedanken geleitet und damit unterscheiden wir uns von allen früheren Regierungen und auch Sie, wie ich hoffe, von allen früheren Parlamenten. Die Regierungen waren Ausschüsse der herrschenden Klassen und die Parlamente waren bisher Vertreter der herrschenden Klassen. Die ganze politische Tätigkeit dieser Regierungen und Parlamente bestand darin, Ausgleich zu finden zwischen den Interessensgegensätzen innerhalb der herrschenden Klassen. Es wurde kaum jemals etwas Neues geschaffen, sondern im engen Kreise war man betriebsam, um

das Bestehende und Vorhandene zu erhalten und notdürftig weiterzuentwickeln. Es gab keine zielweisenden Gedanken, die der bisherigen Politik zugrunde lagen, man bewegte sich immer in denselben engen Vorstellungen einer sich auflösenden Vergangenheit. Der Weltkrieg hat das Ende dieses Systems gebracht, der Weltkrieg war, der Weltkrieg war die letzte furchtbare Erscheinung dieses Systems und wer heute sich vermißt, als Vertreter des Volkes oder als Vertreter einer Regierung mitzuarbeiten an dem Schicksale der Nation, der muß beherrscht sein von neuen Gedanken, klaren, zielweisenden Gedanken mit aller, wenn es sein muß, Nachdrücklichkeit, Rücksichtslosigkeit und Einseitigkeit. Die Welt schmachtet nach neuen Gedanken, noch mehr nach neuen Taten, die diese Gedanken verwirklichen. Die heutige Regierung besteht aus Demokraten und Sozialisten und daraus folgt, daß wir nur demokratische und sozialistische Politik treiben können und wollen. Ich halte Ihnen heute keinen Vortrag darüber, was Demokratie und was Sozialismus ist, ich habe Ihnen nur vorhin kurz angedeutet, um die merkwürdige Zusammensetzung dieses Parlaments zu erklären, was ich unter produktiver Demokratie verstehe. Aber, meine Damen und Herren, wir können nicht aus unserer Haut heraus und wollen es nicht können. Wir sind keine Regierung der mittleren Linie, keine Regierung der Kompromisse. All diese Kompromißpolitik hat schließlich geendet in dem allgemeinen Zusammenbruche. Wir fassen unsere Aufgabe auch nicht so auf, daß auf der einen Seite eine Regierung ein bestimmtes Programm hat und auf der anderen Seite sich Massen in nutzloser Agitation verzehren, in nutzloser Agitation sich aufbäumen gegen die regierende Politik, wie es früher war, wo in Bayern die regierende Partei Jahrzehnte regierte und dagegen schroff erbittert eine leidenschaftliche Opposition der Massen ankämpfte, ohne die Möglichkeit zu haben, sich durchzusetzen. So war die ganze vergangene Politik nur ein unfruchtbarer Kampf zwischen der regierenden Partei und einer Opposition, die geschichtlich im Rechte war und doch nicht die Möglichkeit hatte, sich durchzusetzen. So verloren wir uns in Agitation, in Opposition und nichts kam vorwärts, nichts trieb voran. [...] Die kommende Nationalversammlung – und das ist ja wieder eine Wirklichkeit, die noch vor wenigen Monaten für unmöglich gehalten worden wäre – beruht auf dem freiesten Wahlrechte der Welt. Ich brauche das Wort ungern, denn man früher das alte Reichstagswahlrecht schon als das freieste Wahlrecht der Welt bezeichnet. Das war es natürlich nicht; es war ein schändliches Pluralsystem. Aber das kommende Wahlrecht, das Recht der Verhältniswahl für alle Männer und Frauen über 20 Jahren, das ist die große Schule der Erziehung zur Politik für alle.

Ich hoffe und erwarte aber zuversichtlich, daß neben dieser Nationalversammlung jene aus der Masse selbst geschaffenen Organisationen der Arbeiterräte oder Arbeiterkammern, wie immer man sie nennen will, bestehen bleiben und sich entwickeln. Der bisherige Parlamentarismus litt darunter, daß die Parlamentarier so eine Art kleiner Souveräne wurden, die unabhängig von den Wählern regierten. Sie waren auch Monarchen in ihrer Art und so wurde die Teilnahme des Volkes begrenzt dahin, daß die Wähler alle fünf Jahre nach einer längeren Wahlagitation mit einiger Aufregung wählten und dann überließen sie die politische Arbeit dem Parlament. Die Nationalversammlung muß die oberste souveräne, gesetzgeberische Körperschaft sein, sonst wäre sie ja kein Parlament, kein demokratisches Parlament. Die künftige Nationalversammlung ist die Gesetzgeberin, die souveräne Gesetzgeberin, aber in den Räten liegt die moralische Kraft der Massen. Von hier aus soll er lebendige Geist der Demokratie und des Sozialismus hinüberströmen in das Parla-

ment der Abgeordneten. Erst dann wird dieses Parlament in Harmonie, in dauernder gemeinschaftlicher Arbeit mit den Volksmassen sich entwickeln. Der Abgeordnete ist dann nicht mehr der „Führer“, sondern er ist einer, der für die Massen arbeiten darf, und zwar unmittelbar gemeinschaftlich mit den Massen wie auch jeder Minister. Wenn wir heute die Erscheinung sehen, daß die Minister in Arbeiter-, Soldaten- und Bauernversammlungen gehen, so wird damit bekundet, daß auch der Minister heute nichts anderes ist als der Mann, dem das Volk vertraut, daß der für das Volk arbeitet, und solange man seine Arbeit schätzt, so lange bleibt er Minister.

(Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919.
Stenographische Berichte, München 1919, S. 8 f., 11. [Sitzung vom 13.12.1918])

Dok. 4: Bericht des Vertreters der amerikanischen Delegation zur Friedenskonferenz in Versailles, Herbert Haviland Field, über seine Besuche bei Kurt Eisner (13. und 17. Februar 1919)

Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika hatte 1917 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich geführt; auch in Bayern war deshalb kein offizieller Vertreter der USA mehr vor Ort. Um dennoch Informationen aus erster Hand zu erhalten, entschied sich die amerikanische Delegation beim Pariser Friedenskongress, den in Zürich tätigen Zoologen Herbert Haviland Field im Februar 1919 für drei Wochen nach München zu entsenden. Field traf zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Hier schildert er ausführlich zwei Empfänge bei Kurt Eisner wenige Tage vor dessen Ermordung: Der amerikanische Abgesandte schwankt in seinem Bericht zwischen der Hochachtung Eisners als Person und der kritischen Beurteilung seines politischen Wirkens.

Munich, February 13th, 1919

H.H.F., Report No. 8

Kurt Eisner.

The Prime Minister had sent word in advance that he wanted to see me upon his arrival yesterday returning from the socialist congress in Berne, but he was so occupied all day that the appointment was made for 9 p.m. at the end of the cabinet meeting. I went with Lieut. Howe being called by Dr. Engerer of the Foreign Office. At the entrance and in the other chambers uncouth pretorian guards were lolling about and in the main office the secretary and a young girl were having a hasty meal on the mahogany conference table. We were followed into the waiting room by the secretary who praised the master with all the fervor of a disciple. He declared that the independents and they alone had stood for the cause of Justice from the beginning. He complained of the injustice done to Eisner. He alone saved the congress in Bern. Without him the French and English would have left after the first encounter. He also explained and justified Eisner's attitude regarding prisoners of War.

Eisner appeared and took us into his study. He at once made a deep impression. His head of a savant, his taste in dress, his calm contrasted with his character as popular tribune and agitator. An hour before, I declared I had never met a friend of Eisner. On my way thither I met some surely specimens but did not speak to them. In the waiting room I met his first real friend. In his study I counted myself as one. So great was magnetism. Eisner began by discoursing on the difficulty of my mission, because of the complexity of the situation and the contradictory tendencies. The situation was also most unstable. He here made a veiled reference to his own resignation. He approved of my intention of getting persons and events as reflected in the minds of men of every shade of political

tendency. He expressed this in most chosen language, with two phrases which gave me the idea that he must be an adept of Plato and Kant. He then explained that the revolution had only just began. The draft of the Bavarian Constitution contained radical elements unknown to any other land. They were still working upon it, he would give a me copy as soon as available. Among these elements is a provision of a referendum against the parliament, by which the parliament could be dissolved on popular demand. This would prevent the vain electoral promises which candidates now so soon forgot. He then spoke of the role of Councils (Arbeiterräte, Räte der geistigen Arbeiter, Fachräte etc.) as a means of political education.

He said that we had frequently complained of the want of political instinct in the Germans and rightly so, there were as children in this regard. Active participation in workmans councils would gradually change all this. As for bolshevism, Eisner claimed that he did not count himself as one, but he well recognized its innate proselytic character. It would penetrate into all minds in revolt. In Switzerland he gained the conviction that its presence was already felt in England and France, to say nothing of Italy, where it was already conspicuous. Its potentialities here under the stress of misery was very great. In view of the fact that Eisner is not a born Bavarian, and of the circumstance that his party is much stronger in Northern Germany than here, I was curious to learn how Eisner would regard the centralistic tendencies prevailing at Weimar. To my surprise Eisner showed himself a strong federalist and insisted on the rights of Bavaria as opposed to Berlin.

Monday evening February 17th Eisner telephoned to me and asked me to come over for a conference. I gathered from my talk with him that it was his intention to parade me as belonging to him and his party. He wanted me go out in his automobile with him to make visits in the quarters of the town where the greatest poverty reigned. He said jestingly: "It must be done quickly, so that I still be Prime Minister". I thought it wise to decline. Eisner again defended the cause of the workmen's councils and regarded them as important factor in the democratization of Germany. Eisner expressed great regret that I had not seen the demonstration in his favor the day before. According to him, a third of the population was out to demonstrate in his favor. He warned me not to trust the newspaper accounts estimating the number at 120.000. It was many times that figure. Eisner said that in former days when he crossed the frontier into Switzerland he suddenly felt he was breathing the air of freedom. During his recent voyage to Bern he had the reverse impression. He had already succeeded in making Bavaria so democratic that Switzerland seemed to him completely in fetters. We next talked about finance, Professor Jaffe Minister of Finance being called in. The views of Eisner in questions of exchange were very childlike. It was difficult for me to believe that I was talking with the responsible head of Government. Jaffe believes that the people and particularly the peasants have accumulated great reserves of paper money and that the appearance of things which they can buy on the market (beginning of imports) will lead to a certain inflation and consequent drop in purchasing power. Eisner remarked that the money press must be kept going at full speed. A concern of Jaffe is the fact that imported foodstuffs cannot possibly be placed on the market at the maximum prices established for home produce. The state will be obliged to pay the difference. The conversation than passed to the want of coal and to the possibility of profiting by the experience of

Switzerland in running her locomotives with wood. Jaffe pointed out that there was a great lack of foresters. He could use nine thousand more. Eisner pointed out to me that Munich was an excellent tower from which to observe Berlin. He believed it was possible to get a truer view from here than on the spot. I am preparing certain channels of information in this sense.

The second interview with Eisner left me a less favorable impression than the first. The treatment of all topics was superficial and theoretical. Of the personal integrity of Eisner I have no doubt; but, from all I can learn, those immediately attached to him secure unusual pecuniary advantages. His administration of the ministry is hopeless for his subordinates. Difficulty of getting his signature, mislaid documents, irregularity of appointments render work with him very difficult.

I should not be willing to free Eisner from the charge of political intrigue. In my short stay, I have already experienced cases of it, and his bid for the peasant vote is nothing less than demagogic intrigue. On February 7th the Bavarian Government, that is to say the Council of Ministers excepting Eisner, telegraphed an urgent message to Bern declaring that the immediate return of Eisner was imperative. Instead of responding to this call, Eisner telegraphed to a young lady in his office, a typewriter, asking her opinion as to the need for his return. The lady in question differed from the opinion of the ministers and Eisner did not return until the 12th. It is plain that the retention of Eisner at the head of the government is quite impossible; but he assures me of his intention to resign with the other ministers at the opening of the Landtag. I believe it to be his intention to enter the opposition and to secure the election of himself as President of the Soldiers and Workmen Councils.

Signed: Herbert Haviland Field

(National Archives College Park, Microfilm M 820, Roll 222, Signatur 184.01402/6)

Dok. 5: Proklamation der Räterepublik Baiern vom 7. April 1919

Die Proklamation macht den Anspruch der am 7. April 1919 ausgerufenen „Räterepublik Baiern“ ganz deutlich: Die sog. dritte Revolution sollte einen radikalen politischen Umbruch, etwa die Diktatur des Proletariats, die Überwindung des Parlamentarismus oder die Abschaffung der Bürokratie, bringen. Die Rätemachthaber hatten jedoch die große Mehrheit der Bevölkerung gegen sich und scheiterten am Aufbau neuer politischer Strukturen.

An das Volk in Baiern!

Die Entscheidung ist gefallen. Baiern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschicks. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, daß von nun an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft.

Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Baiern aufgefordert. Das System der Bureaukratie aber wird unverzüglich ausgetilgt.

Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der bairischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Bairische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Bairische Räterepublik ihre Grüße.

Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschieds vom fluchwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, dem 7. April 1919, in ganz Baiern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen.

Es lebe das freie Baiern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

Der revolutionäre Zentralrat Baierns:

Niekisch, Gustav Landauer, Erich Mühsam, Gandorfer (Bauernrat).

Dr. Franz Lipp, Albert Schmid.

Für den revolutionären Soldatenrat:

Kohlschmid, Johann Wimmer, Max Mehrer.

(Veröffentlichung u. a. in: Neue Zeitung Nr. 90 v. 7.4.1919; MP Nr. 82 vom 8.4.1919)

Dok. 6: Bericht Viktor Klemperers für die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ über „Die dritte Revolution in Bayern“ (9. April 1919) [Auszüge]

Der heute sehr bekannte Publizist und Schriftsteller Victor Klemperer („LTI – Lingua Tertii Imperii“) war 1918/19 Korrespondent der Leipziger Neuesten Nachrichten in München. Der hier abgedruckte Artikel berichtet über die Situation in der bayerischen Landeshauptstadt nach der Proklamation der ersten Räterepublik. Klemperer erweist sich als scharfer Beobachter, da er sowohl die Planlosigkeit der Räte als auch den wachsenden Antisemitismus registriert – bemerkenswert auch die Einschätzung: „Der kommende Mann heißt Levien, der gegenwärtige: Landauer, der übernächste: Epp.“

Man muß die schöne Gemütsruhe des Münchener Bürgertums miterlebt haben, um den gelungenen Handstreich der Rätepartei nicht allzu sehr zu bewundern. Ahnungslos waren die Bürger und alle Gemäßigteren diesmal nicht, das tuschelte überall seit Wochen, im April käme „es“. Aber der gute Bürger dachte eben, er habe sich lange genug politisch aufgeregt, und einmal müsse der Mensch auch „sei Ruh“ haben. Also kümmerte man sich um Butter und Eier statt um Mühsam und Landauer. Die Sowjetleute waren vernünftiger, vereinten das Nützliche mit dem – Nützlichen, Hamsterfahrten nämlich mit Aufklärungsreden auf dem Lande. Ich weiß von solchen Propagandafahrten, dort draußen ist gearbeitet worden und in den Münchner Kasernen auch. Nun zieht die Münchener Garnison mit roten Fahnen durch die Stadt, um für die Räterepublik zu demonstrieren, nun kann sich die dritte Revolution rühmen, buchstäblich ohne einen einzigen Schuß, ohne einen Tropfen Blutvergießens gesiegt zu haben. Bisher wenigstens – denn schließlich kommt es der Mehrheit ja doch allmählich ins Bewusstsein, daß sie nur überrumpelt worden ist.

[...]

Jawohl, das schöne Manifest, das uns an die russischen und ungarischen Brüder schließt und uns von Weimar trennt, von dem „Kaiserdeutschland mit republikanischem Aushängeschild“, wie Mühsam heute in einem Erlaß sehr hübsch sagt, ist eine maßvolle Kundgebung. Levien hat in der entscheidenden Sitzung die sofortige Kriegserklärung an eben dies „Kaiserdeutschland“ gefordert und ist damit nicht durchgedrungen. Vorläufig wenigstens nicht. Es ist gut, das für die weitere Entwicklung zu wissen. Denn da sich der Widerspruch nun doch allmählich zu regen beginnt, so wird die neue Regierung mit ihrer roten Armee, ihrem Revolutionstribunal und ihren guten Absichten aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn sie erst kämpfen muß, noch weiter nach links rücken. Ich will nicht prophezeien, ich glaube aber: der kommende Mann heißt Levien, der gegenwärtige: Landauer, der übernächste: Epp. Levien schilderte ich in einem früheren Brief, Landauer, der heute Volksbeauftragter für Aufklärungswesen und wohl der geistige Leiter der neuen Regierung ist, scheint mir der wieder lebendig, um kein Atom klüger, um einige Atome radikaler gewordene Eisner. Idealist wie er, Dichter wie er, Bohémien wie er, allen politischen Notwendigkeiten und Selbstverständlichkeiten meilenfern wie er (nur noch einige Meilen ferner), mit Fingern, die von Blut und Geld rein

sind wie Eisners Finger, und sicherlich bald wie Eisner zu Gewalttaten gedrängt oder von Gewalttätigen beiseite geschoben. Epp: im Jahre 1904 ein Kolonialoffizier und Draufgänger, danach der erste Bürgerliche im Leibregiment, seit Dezember 1914 Oberst und Führer der Leiber, streng gefürchtet und doch von der Truppe geliebt, bei Verdun und auch sonst im heißesten Sturm ihr voran, und nun der fast geheimnisvoll gewordene Werber eines „Noske-Freikorps“ an der Grenze Bayerns. Ist es wirklich nur „Noske-Korps“, wird es wirklich nur gegen den Osten gebraucht werden, steht es wirklich noch außerhalb Bayerns? Seit gestern wissen wir hier, daß die alte Regierung noch vorhanden ist – wo, ist uns Münchenern noch verborgen, und das „In deinem Lager ist Österreich!“³ bringt kein Straßenanschlag, der auf „unsinnige Gerüchte“ schwerste Strafen setzt, zu völliger Ruhe. [...] Aber was hilft die beruhigendste Erklärung, wenn ich nicht über 100 Mark täglich abheben darf? Und wenn meine Zeitung mir die bevorstehende Wohnungsenteignung ankündigt? Um mit schönen, Proletarierelend und „-erlösung“ fast futuristisch schildernden Holzschnitten illustriert? Zu solchen Bildern muß die Zeitung greifen, um ihre dürftig gewordenen Blätter nur halbwegs zu füllen. Denn sonst stehen ihr außer spartakistischen Feuilletons nur die Verordnungen des Zentralrats zur Verfügung. Nichts anderes, aber auch buchstäblich gar nichts anderes hat sie mehr zu drucken. Deutschland und die Welt existiert nicht mehr – nur noch die Sowjetrepublik München. Übrigens machen die hiesigen „Neuesten Nachrichten“ nun nicht mehr mit, und die Presseabteilung des Zentralrats gibt die Zeitung selber heraus. Die Erregung also, von der ich vorwegnehmen will, daß sie bis heute noch in einem Stadium der Dumpfheit, noch immer im ganzen eine Stille vor dem Sturm ist, schwoll doch allmählich. Sie äußerte sich weder schön noch klug: antisemitisch. Damit gab sie der tyrannischen Regierung die Möglichkeit, sich freiheitlich zu gebärden: die Anschläge des Zentralrats warnen vor Judenverfolgungen. Wirklich haben die Juden es hier nicht besser als die Preußen; sie teilen mit ihnen das Schicksal, an allem schuld zu sein, sie sind, je nachdem, die Kapitalisten und Bolschewisten. Ich glaube, wenn man einen echten Spartakus fragt, ob Noske ein Preuß oder ein Jud sei, antwortet er: „Beides.“ Und fragen Sie einen Münchener Kleinbürger, ob Levien Jud oder Preuß sei, so bekommen Sie die gleiche Antwort: „Beides.“ Und übrigens stimmt es beidemale nicht... Am Odenosplatz hielt ein Automobil, die Insassen verlasen, verteilten Flugblätter über die Diktatur des Proletariats; gleich brüllte ein Chorus: „Juden, Saujuden!“ Aber ein Soldatentrupp marschierte an, Infanteristen und Matrosen gemischt, Gewehre geschultert und auch leichte Maschinengewehre: da stob alles auseinander, nahm auch abwartend Deckung in Hausfluren... Vor der geschlossenen Universität lärmten Studenten, ebenfalls antisemitisch genug; ein Kommilitone vom „Betriebsrat“ beschwor sie auseinanderzugehen, weil gleich Maschinengewehre hier seien, weil „unsere Köpfe durch das Revolutionstribunal fallen“ könnten. Man ging – aber böse antisemitische Flugblätter tauchten auf. Eben, da ich den Bericht schließe, um ihn vielleicht noch zum Abendzug bringen zu können, schüttet ein Flieger aus blauem Himmel seine Nachrichten. Aus Nürnberg oder woher sonst? Von Hoffmann, von Epp? Ich brauche nicht zu warten, bis die Kinder unten die Nachricht erjagt haben werden. Die draußen in Leipzig wissen ja doch längst, was uns verborgen ist.

(Victor Klemperer: Man möchte immer weinen und lachen in einem. Revolutionstagebuch 1919. Mit einem Vorwort von Christopher Clark und einem historischen Essay von Wolfram Wette, Berlin 2015, S. 109 f.)

3 Zitat aus einem Lobgedicht Franz Grillparzers auf den österreichischen Feldmarschall Radetzky, hier eine ironische Anspielung auf die heimlichen Hoffnungen des Bürgertums auf Epp.

Dok. 7: Funkverkehr zwischen der kommunistischen Räterepublik München und Lenin (April 1919)

Die am 13. April 1919 ausgerufenen, von der KPD beherrschte Räterepublik nahm sofort Kontakt mit den Räterepubliken Ungarn und Russland auf. Ein am 15. April entsandter Funkspruch meldete die Niederschlagung des sog. Palmsonntagsputsches und die Gründung einer „wirklich proletarischen Räterepublik“.

Der russische Revolutionsführer Lenin beantwortete diese Nachricht persönlich, sein Telegramm traf allerdings erst am 29. April, d. h. nach dem Sturz der kommunistischen Räterepublik, in München ein. Das Schreiben ist dennoch interessant, da es ein politisches Sofortprogramm enthält, das den KPD-Revolutionären den weiteren Weg weisen sollte. Lenin hatte von 1900 bis 1902 in München gelebt und konnte die Verhältnisse deshalb grundsätzlich einschätzen.

- a) Funkspruch des Vollzugsrats der Zweiten Räterepublik nach Moskau und Budapest vom 15. April 1919

Nach heißen Kämpfen haben bewaffnete Arbeiter und Soldaten Münchens einen heimtückischen Anschlag der Bourgeoisie und der mehrheitssozialistischen Verräter auf das Proletariat niedergeworfen.

In der Nacht zum Sonntag wurde der Zentralrat der bisherigen Scheinräte-Republik von der Republikanischen Schutztruppe (Weiße Garde) gestürzt. Am Sonntag bewaffneten sich die revolutionären Arbeiter; die Regimenter traten ihnen zur Seite. Mit vereinten Kräften wurde der zur Festung ausgebaute Bahnhof durch Granat- und Minenfeuer bekämpft und gestürmt. Die Republikanische Schutztruppe ergab sich daraufhin auf der ganzen Linie. Arbeiter- und Soldatenräte wählten daraufhin einen Vollzugsrat, der die ganze Macht übernommen hat. Energische diktatorische Maßnahmen sind beschlossen und durchgeführt.

Der Vollzugsrat der neuen, wirklich proletarischen Räterepublik begrüßt die russische und die ungarische Arbeiterklasse und ihre Sowjetrepubliken. Die Münchner Arbeiterklasse wird ihre Kräfte in den Dienst der großen historischen Aufgabe stellen, welche die tapferen russischen und ungarischen Brüder inauguriert haben.

Es lebe die russische und die ungarische Sowjetrepublik! Es lebe die Weltrevolution!

(Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte Nr. 1 vom 15.4.1919)

Der Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte

b) Telegramm Lenins nach München und Budapest vom 29. April 1919

Levien, München, Radio.

Wir danken für die Begrüßung und begrüßen unsererseits von ganzem Herzen die Räterepublik in Bayern. Wir bitten, Sie mögen uns häufiger und konkreter mitteilen, welche Maßnahmen Sie zwecks Bekämpfung der bürgerlichen Henker, der Scheidemänner und Kompagnie durchgeführt haben, (1) ob Sie in Stadtbezirken Arbeiterräte und Hausangestelltenräte geschaffen haben, (2) ob Sie die Bourgeoisie entwaffnet und die Arbeiter bewaffnet, (3) ob Sie Kleiderlager und andere Warenlager beschlagnahmt, (4) ob Sie speziell die Fabriken und die Reichtümer der kapitalistischen Landwirtschaftsunternehmungen expropriert, (5) ob Sie die Löhne der Landarbeiter und der ungelernten Arbeiter verdoppelt oder verdreifacht haben, (6) ob Sie alles Papier und Druckereien für die Herausgabe populärer Flugblätter und Zeitungen für die Massen konfisziert haben, (7) ob Sie den sechsständigen Arbeitstag mit zwei- oder dreistündiger Beschäftigung auf Staatsverwaltungsgebiet eingeführt haben, (8) ob Sie die Bourgeoisie gezwungen haben, weniger Raum zu bewohnen zwecks sofortiger Einführung der Arbeiter in die reichen Wohnungen, (9) ob Sie alle Banken in ihre Hände genommen haben, (10) ob Sie Geiseln aus der Bourgeoisie genommen haben, (11) ob Sie höhere Lebensmittelrationen für die Arbeiter als für die Bourgeoisie eingeführt haben! (12) Ob Sie alle Arbeiter für die Verteidigung der Räteregierung bis zum letzten Mann und (13) die Ideenpropaganda in den herumliegenden Dörfern mobilisiert haben?

Durch restlose Durchführung solcher und ähnlicher Maßnahmen in großem Maßstabe mit Selbsttätigkeit der Arbeiterräte und Abgesandte(n) der Kleinbauernräte muß Ihre Lage befestigt sein. Es ist notwendig, der Bourgeoisie eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen, um den Arbeitern, Landarbeitern, Kleinbauern sofort um jeden Preis eine tatsächliche Besserung Ihrer Lage zu gewähren. Beste Grüße und Wünsche wirklicher Erfolge.

Lenin

(BayHStA, Abt. II, Arbeiter- und Soldatenrat 23)

Dok. 8: Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei, September 1920

Die Bayerische Volkspartei, vor allem der agrarische Parteiflügel um Georg Heim, lehnte die zentralstaatlich orientierten Reformen der frühen Weimarer Republik strikt ab. Die stärkste Regierungspartei im Freistaat verstand sich vielmehr als Bannerträger des Föderalismus in Deutschland. Im September 1920 beschloss der in Bamberg tagende BVP-Parteitag deshalb einen weitreichenden Forderungskatalog zur Wiederherstellung der bundesstaatlichen Rechte Bayerns. Die Länder sollten sogar frei über ihre Staatsform bestimmen dürfen. In dieser Zuspitzung war das Programm jedoch nicht einmal im Bayerischen Landtag mehrheitsfähig: Auch die DDP und die DNVP, Koalitionspartner der BVP, distanzieren sich von dem Vorstoß.

Die Bayerische Volkspartei hält am Deutschen Reich unverbrüchlich fest, sie erblickt in der föderalistischen Ausgestaltung seiner Verfassung die einzige Bürgschaft seines Wiederaufbaues und Glücks. Sie fordert daher:

1. Die bundestaatliche Form des Reiches und die Wiedereinführung eines dem früheren Bundesrate gleichwertigen Organ der Staaten.
2. Das Recht der einzelnen Staaten, ihre Staatsform und Staatsverfassung selbst zu bestimmen. Die beschleunigte Ermöglichung der Bildung von Einzelstaaten auf verfassungsmäßigem Wege.
3. Keine neue Beeinträchtigung der Selbständigkeit der Staaten durch neue Gesetze und Verordnungen.
4. Möglichste Anpassung der bereits in den Staaten bestehenden Reichsstellen an das Verwaltungssystem der Staaten.
5. Ausführung der Reichsgesetze durch die Staatsbehörden.
6. Das Recht der einzelnen Staaten, in Angelegenheiten ihrer eigenen durch die Reichsverfassung gegebenen Zuständigkeit mit auswärtigen Staaten Verträge abzuschließen und Vertreter bei auswärtigen Staaten zu bestellen.
7. Die Sicherstellung der Steuerhoheit der Staaten durch Erhebung eigener Steuern und Ermöglichung von Zuschlägen bei Reichssteuern. Erhebung und Verwaltung sämtlicher Steuern und Abgaben, einschließlich Zölle und Verbrauchssteuern, durch den Staat, Ausdehnung des Besteuerungsrechtes der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Befriedigung eigener Bedürfnisse.
8. Entscheidende Mitwirkung der Bundesstaaten in den Angelegenheiten des Post- und Eisenbahnwesens und dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen des Staatsgebietes.
9. Ausbau und Betrieb der Wasserkräfte durch die Staaten.

10. Die Gliederung der Reichswehr zu Lande in bundesstaatliche Kontingente. Das selbständige Recht der Staaten, für Zwecke der öffentlichen Sicherheit und Ordnung den Ausnahmezustand für das Staatsgebiet zu erklären und für diese Zwecke über ihre Kontingente zu verfügen.
11. Regelung des Schulwesens durch die Staaten als eines der Hauptgebiete der einzelstaatlichen Kulturpolitik, von Reichs wegen jedenfalls eine für ganz Deutschland unzweideutigen Festlegung der Sicherung der Kindererziehung nach dem Willen der Erziehungsberechtigten. Im übrigen Begrenzung der Reichsschulgesetzgebung auf den engsten Rahmen von Grundsätzen für den äußeren Schulbetrieb. Aufrechterhaltung des Rechtes der Staaten auf Regelung des wissenschaftlichen Büchereiwesens.
12. Die Sicherung des bayerischen Staatseigentums gegen weitere Zugriffe des Reiches.

(Bayerischer Kurier Nr. 264 vom 20.9.1920)

**Dok. 9: Auszug aus dem Halbmonatsbericht des
Regierungspräsidenten von Oberbayern (Gustav von Kahr)
vom 19. Juli 1922 zur politischen Stimmung nach dem
Rathenau-Mord und angesichts der parlamentarischen
Beratung des Republikschutzgesetzes**

Die Regierungspräsidenten waren verpflichtet, dem Innenministerium alle zwei Wochen über die Lage in ihrem Regierungsbezirk zu berichten. Dies galt auch für Gustav von Kahr, der nach seiner Zeit als Bayerischer Ministerpräsident (1920/21) wieder als Regierungspräsident von Oberbayern amtierte. Der selbstbewusste Kahr beschränkte sich dabei allerdings nicht auf nüchterne Schilderungen, sondern drängte der Staatsregierung bisweilen sehr offensiv die eigenen politischen Einschätzungen auf. Der vorliegende Bericht stammt aus der Zeit der sog. Republikchutzkrise und geht in diesem Sinne besonders weit: Kahr fordert das Ministerium Lerchenfeld darin eindringlich zur Ablehnung des Republikchutzgesetzes auf und deutet andernfalls politischen Widerstand durch den „größten Teil des bayerischen Volkes“ an.

Das politische Leben steht andauernd unter den Nachwirkungen der Ermordung Rathenaus. Die Verhandlungen des Reichstags über das Gesetz zum Schutze der Republik, das Reichskriminalgesetz und das Beamten-ausnahmegesetz wurden mit größter Aufmerksamkeit und mit Mißtrauen gegen Berlin verfolgt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen konnte keinerlei Überraschung bringen für denjenigen, der die Haltung der Reichsregierung und der Regierungsparteien seit langer Zeit gegenüber Bayern verfolgt. Ich habe bereits in meinem letzten Bericht betont, daß der Mord an Rathenau von allen Verständigen aufs Schärfste verurteilt wird. Meine Auffassung aber, daß es sich bei den Demonstrationen anlässlich dieses Ereignisses nicht so fast um den Schutz der jetzigen demokratischen Staatsform handelt, sondern um die Erreichung des letzten Zieles der Linksparteien, die Schaffung der sozialistischen Einheitsrepublik und letzten Endes die Erreichung der Diktatur des Proletariats, ist durch die letzten Ereignisse, insbesondere die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den Fraktionen der MSP. und USP. vollaufbestätigt worden. Bedauerlicherweise haben auch die bürgerlichen Parteien des Reichstags in ihrer Mehrheit kein Verständnis dafür, daß der letzte Staat im Deutschen Reich, der gegen dieses Ziel noch ankämpfen kann und ankämpft, Bayern ist. Diese Erscheinung ist freilich nicht verwunderlich, wenn der Herr Reichskanzler im Reichstag die hervorragenden Ausführungen des Abgeordneten Emminger über die Notwendigkeit der Erhaltung der Reste der bayerischen Selbstständigkeit mit dem Hohnwort abtut, die Erregung in Bayern über einen Neunuhrabendschluß der Gastwirtschaften wäre viel lebhafter als die Erregung über den Verlust der Polizei- und Gerichtshoheiten. Diese höhnende Bemerkung des Leiters der Innen- und Außenpolitik des Reiches, noch dazu an der offiziellen Stelle im Reichstag hat in weiten Bevölkerungskreisen größte Erbitterung erzeugt, die so leicht nicht mehr verschwinden wird. Die Notiz eines bayerischen Blattes, dem Reichskanzler sei aus maßgebenden kath. Kreisen Bayerns mitgeteilt worden, daß seine Teilnahme am Katholikentag in München unerwünscht

sei, ist angesichts dieser Beleidigung bayerischer Gefühle nur zu verständlich. Die Einwirkungen linksradikaler Kreise auf den Herrn Reichskanzler, der anscheinend über die Zustände während der Räteherrschaft in Bayern und auch sonst über die bayerischen Verhältnisse völlig im Unklaren ist, ist unverkennbar. Die Gedankengänge des Abgeordneten Niekisch, der in No. 269 der Berliner „Freiheit“ in landesverräterischer Weise Bayern aufs Gröblichste beschimpft und den Verlust aller seiner Hoheitsrechte fordert, die wiederholten Ausführungen der 2Münchener Post“ über die „Mörderzentrale Bayern“ und ähnliche Äußerungen der radikalen Presse bewegen sich in dem gleichen Sinn wie die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers und auch des Reichsministers des Innern. Die Stimmung weitester Kreise des bayerischen Volkes ob dieser Haltung der Reichsregierung ist seitens des bayerischen Gesandten in Berlin mit dem Ausdruck „Reichsmüdigkeit“ sehr gelinde bezeichnet worden. Wer insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung und den Bewohnern der Provinz herumhorcht, wird ganz andere Ausdrücke und Forderungen zu hören bekommen.

Besondere Erregung herrscht in den Kreisen der Beamtenschaft über das Beamtenausnahmegesetz, gegen das das seinerzeitige Sozialistengesetz ein Kinderspiel war. Wozu gewisse Kreise dieses Gesetz benützen wollen, darüber gibt in dankenswerter Weise das Rundschreiben des Bezirksleiters Horlacher des (sozialistischen) Deutschen Eisenbahnerverbandes deutlichste Auskunft, das in brutalster Weise zur Denunziation und Gesinnungsschnüffelei auffordert. Der Wortlaut dieses famosen Schreibens, das Andersdenkende kurzweg als „Gesindel“ bezeichnet, ist in der No. 195 der Münchener Zeitung zu lesen. Die Schicksalsstunde für den geringen Rest bayerischer Staatshoheit ist gekommen. Der größte Teil des bayerischen Volkes ist nach meinen Informationen entschlossen, Bayern unter keinen Umständen zu einer Provinz herabwürdigen zu lassen. Es erwartet von der Staatsregierung und den bürgerlichen Parteien im Landtag eine glatte Ablehnung der drei Ausnahmegesetze und eine gerade, offene Erklärung vor dem Volke, daß der Vollzug dieser Gesetze in Bayern ohne Vorbehalt abgelehnt wird. Regierung und Landtag würden sich auch bei nur teilweiser Zustimmung nicht halten können. Über diese Stimmung möge sich die Staatsregierung nicht täuschen lassen durch die Demonstrationen, die von linksstehender Seite veranlaßt wurden und noch folgen werden.

(BayHStA, MA 102 136)

**Dok. 10: Erinnerungen des späteren Bayerischen
Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard –
1924 Staatsanwalt beim Hitler-Prozess – an den
Prozessverlauf und das Verhalten General Ludendorffs**

Hans Ehard, Bayerischer Ministerpräsident der Nachkriegszeit (1946–1954, 1960–1962), war als junger Beamter II. Staatsanwalt beim Landgericht München I und in dieser Funktion auch Mitarbeiter der Anklagevertretung im Hitler-Ludendorff-Prozess 1924. In einem Anfang der siebziger Jahre verfassten Rückblick schildert Ehard seine Eindrücke: Er thematisiert einerseits die offensichtliche Parteilichkeit des Volksgerichts München, das insbesondere eine Verurteilung des vermeintlichen Kriegshelden Ludendorff zu verhindern suchte. Andererseits hebt der Text die huldigungsartigen Ovationen hervor, die den „nationalen“ Putschisten von Teilen der Öffentlichkeit entgegengebracht wurden.

Die Eingeständnisse Ludendorffs bei meiner Vernehmung waren völlig klar und unmissverständlich. Er war geradezu stolz auf seine Mitwirkung bei dieser nationalen Sache. Das bekräftigte er auch noch bei seiner ersten Erklärung zur Beschuldigung in der Hauptverhandlung. Später allerdings wurden ihm diese Aussagen unbequem und sie waren vor allen Dingen dem Hohen Gerichtshof unbequem, denn der war – wie wir bei der Staatsanwaltschaft bald bemerkten – entschlossen, Ludendorff freizusprechen und suchte nach einem Ausweg. Zu diesem Zweck stellte der Vorsitzende am Schluss der Beweiserhebung nach rund drei Wochen Prozessdauer gezielte Fragen an Ludendorff und schob ihm die gewünschte Antwort geradezu hin. Er mußte dabei auf eine Reihe von Widersprüchen zu den früheren Aussagen, insbesondere auch bei meiner Vernehmung am 9. November hinweisen und um Aufklärung ersuchen. Ludendorff erklärte die Widersprüche so: Er habe in den vergangenen Wochen viel über die Vorgänge vom 8./9. November nachgedacht und müsse seine damaligen Angaben deshalb richtigstellen. Er spielte dabei eine recht klägliche Rolle. Aber für das Gericht genügte sie zum Freispruch.

Meines Erachtens kann man bei der Tätigkeit Ludendorffs am 8. und 9. November allenfalls noch die Frage stellen, ob er als Mittäter oder wegen Beihilfe zu verurteilen war. Schuldig und strafbar war er auf jeden Fall. Es ist bemerkenswert, wie Ludendorff selbst über diesen Freispruch dachte. Er erklärte nach der Urteilsverkündung, zu der er in Uniform erschienen war: „Ich empfinde diesen Freispruch als eine Schande für den Rock und für die Ehrenzeichen, die ich trage, innerhalb meiner Kameraden.“

Eine bessere Begründung für dieses Fehlurteil hätte er gar nicht geben können. Seine Erklärung rief stürmische Heilrufe im dicht besetzten Saale hervor. Draußen erwartete eine große Anzahl von Fotografen den General, dessen Auto nur mit Mühe durch die jubelnde Menge hindurchgeschleust werden konnte. Der Platz vor dem Gerichtsgebäude und die anschließenden Straßen waren von Menschenmassen erfüllt, die Hoch- und Heilrufe hörten kaum auf. Sie galten nicht nur dem abfahrenden Ludendorff, sondern auch Hitler und Kriebel (?) und anderen Verurteilten, die sich am Fenster zeigten.

Es war schon ein recht merkwürdiges Schauspiel. Der Gerichtssaal, schon lange vor Beginn der Urteilsverkündung überfüllt, die Angeklagten, zum Teil in Uniform, vor allem Ludendorff, Kriebel, Röhm, hatten sich vorher im Hof der Infanterieschule in einer Gruppe aufgestellt und fotografieren lassen. Die Zuschauer im Saal, namentlich Damen der Gesellschaft brachten zahlreiche Blumen mit, um den Angeklagten huldigen zu können. Ich habe veranlaßt, daß die Blumen noch vor Beginn der Verhandlung aus dem Saal entfernt und außerhalb abgelegt wurden. Während auf den Straßen Ludendorff auf seinem Weg zum Bahnhof stürmisch gefeiert wurde, wurden die Verurteilten, Hitler u.s.w. von der Polizei heimlich in Polizeiauto verfrachtet und nach Landsberg abtransportiert. Den Mitgliedern des Gerichts und uns beiden Staatsanwälten erklärte man, die Polizei könne für unsere Sicherheit nicht garantieren, wir sollten im Gebäude bleiben. Man würde uns im Laufe des Tages, wenn sich die Menge beruhigt habe, unauffällig in unsere Wohnung bringen. Da kamen nun die beiden Offiziere der Reichswehr, die während des Prozesses beauftragte Beobachter waren, dieses Mal in Zivil zu uns ins Nebenzimmer, um sich zu verabschieden. Sie boten mir persönlich gleichzeitig an, mich sogleich nach Hause zu fahren, fügten aber bei, sie hätten heute nur einen unauffälligen, offenen Personenwagen. Ich bedankte mich und fuhr sogleich mit den beiden Herren los. Kein Mensch erkannte uns. Wir fuhren die Nymphenburger Straße nach auswärts und kamen auf diesem Umweg ohne Aufenthalt schon nach etwa 20 min zu meiner Wohnung, damals in der Äußeren Leopoldstraße. Übrigens hat sich mein Chef, Staatsanwalt Stenglein, nach meiner Abfahrt auch bald still und leise entfernt, die übrigen Herren wurden später nach Hause gebracht. Wie verrückt die Münchener in großer Zahl damals waren, dafür noch ein kleines Beispiel: Ich erhielt im Laufe des Prozesses Drohbriefe, ich solle es ja nicht wagen, gegen Hitler und Ludendorff aufzutreten. Man würde mir, was weiß ich alles tun. Ich legte der Sache keine Bedeutung bei. Immerhin ist es nicht uninteressant. In der letzten Zeit ließ sogar die Polizei ohne mein Zutun und ohne ein Ersuchen von mir meine Wohnung in der Nacht überwachen.

Ich kann es nicht unterlassen, hier eine etwas boshafte Bemerkung zu machen. Ludendorff in Uniform bei der Urteilsverkündung erinnerte mich unwillkürlich an die Figur eines wildgewordenen Stabsfeldwebels.

(BayHStA, NL Ehard 714 (neue Verzeichnung), pag. 27-30)

**Dok. 11: Satirische Anzeige der Münchener Post (18./19.6.1924)
zur andauernden Suche eines neuen Ministerpräsidenten
nach dem Rücktritt Eugen Ritter von Knilling**

Nach dem Rücktritt Eugen von Knillings Anfang Mai 1924 gelang es der BVP über Wochen nicht, einen geeigneten Nachfolger als Ministerpräsidenten zu finden: Das Amt war nach den häufigen Wechseln der vorherigen Jahre in eine Krise geraten. Als nach mehr als einem Monat immer noch keine Lösung in Sicht war, reagierte die sozialdemokratische Münchener Post mit einer satirischen Anzeige, die die Suche bewusst ins Lächerliche zog und das angebliche Anforderungsprofil für einen BVP-Ministerpräsidenten enthielt.

Ministerpräsident gesucht!

Der seit einigen Wochen vakant gewordene Posten eines bayerischen Ministerpräsidenten ist neu zu besetzen. Verlangt wird gesunde, kräftige Konstitution (möglichst Oberbayer), imponierende Erscheinung, aufrechte Statur, blond, blauäugig, einwandfreier germanischer Stammbaum, möglichst katholischer Konfession.

Bevorzugt werden biege- und schmiegsame Persönlichkeiten, die auch einen Unfall vertragen können, Dauerschwimmer, schwindelfreie Kletterer, Meisterboxer, politische Exzentriks.

Bedingung: Aenanen- oder Akademischer-Gesangsverein-Philisterverband⁴, abgestempelter Republikfeind und zielsicherer Justament-Partikularist.

Bewerbungsgesuche unter Vorlage der Referenzen (auch völkische Approbierung bittet man beizulegen) sind zu richten an

B. V. P., Prannerstraße 20/1

(MP Nr. 140 vom 18./19.6.1924)

⁴ „Philister“ ist eine Bezeichnung für sog. Alte Herren in Studentenverbindungen.

Dok. 12: Karl Schwend: Der „billigere“ Einheitsstaat

Im Vorfeld der Länderkonferenz zur sog. Reichsreform entbrannte die öffentliche Diskussion zwischen Befürwortern eines zentralstaatlichen und eines föderalen Deutschland. In diesem Kontext veröffentlichte der Hauptschriftleiter des zentralen BVP-Pressedienstes, Karl Schwend, den Artikel „Der ‚billigere‘ Einheitsstaat“: Er kritisiert darin das häufig vorgebrachte Argument, ein zentralstaatlich organisiertes Reich sei sowohl effizienter als auch kostengünstiger und versucht das Gegenteil zu beweisen. Der in einer BVP-Zeitschrift erschienene Artikel kann als pointierte Zusammenfassung des Standpunkts der größten bayerischen Regierungspartei gelten.

Von allen Schlagworten, mit denen die Verfechter des Einheitsstaates für ihren Zukunftsstaat Stimmung machen, ist die Behauptung von der größeren Billigkeit eines einheitlichen Reichsverwaltungssystemes unter Vernichtung der staatlichen Verwaltungshoheit der Länder das zugkräftigste und bestechendste Argument. In einer Zeit, deren Denken so stark von den wirtschaftlichen Dingen erfüllt ist und in einer wirtschaftlichen Epoche, in der das Streben nach Rationalisierung und Normierung Trumpf ist, wirkt auch in bezug auf die staatliche Sphäre die Verheißung einer „größeren Wirtschaftlichkeit“ wie eine Zauberformel. So ist es denn im fortschreitenden Maße gelungen, die sogenannten wirtschaftlichen Kreise für die Idee der Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland zu gewinnen. Soweit es sich dabei um das Problem der Verbilligung und Vereinfachung des bürokratischen Systems in Reich, Ländern und Gemeinden handelt, soweit die Wirtschaft Ausschau nach Möglichkeiten einer der gesamten Volkswirtschaft förderlichen Milderung der Steuerlasten hält, soweit der wachsende Überdruß der gesamten Bevölkerung gegen Überverwaltung und Hypertrophie der staatlichen Betätigung überhaupt in Frage stehen, soweit gibt es heute wohl keine großen Meinungsverschiedenheiten in Deutschland. Darin sind sich Föderalisten und Unitaristen einig, daß die öffentlichen Ausgaben im ganzen genommen zu groß sind. Davor ist aber mit aller Eindringlichkeit zu warnen, daß das politische Zielstreben nach dem Einheitsstaat unbesehen mit der Hoffnung auf größere Wirtschaftlichkeit verkoppelt wird. Fast keine Tagung eines großen Wirtschaftsverbandes wurde im vergangenen Jahr abgehalten, wo nicht Einheitsstaat mit Rationalisierung und Verbilligung mit ganz oberflächlichen Begründungen gleichgesetzt worden ist, mag es sich um den Reichsverband der deutschen Industrie, um den Großhandelstag in Hannover, um die Tagung des Verbandes der mitteldeutschen Industrie handeln. „Das Endziel einer grundlegenden Staats- und Verwaltungsreform muß die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates sein. Die verantwortlichen Führer des deutschen Volkes sollten in dieser Zeit, in der bereits Kontinente im wirtschaftlichen Wettkampf stehen und in der der wirtschaftliche Zusammenschluß Europas zu einer immer stärkeren Notwendigkeit wird, die Pflicht haben, gegenüber einer den Tatsachen völlig ignorierenden Gefühlsromantik dem deutschen Volke klar zu machen, daß wir uns den Luxus einer sinnlosen Verschwendung von Geld und Energie, wie er durch die augenblickliche Länderverfassung bedingt ist, nicht mehr leisten können“, so heißt es in einer Kundgebung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, die vor einigen Wochen gefaßt

worden ist. Fast zur gleichen Zeit erzählte der demokratische preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff den in Berlin versammelten Vertretern der Bekleidungsindustrie, daß „eine ideale Lösung der Steuerfragen erst mit dem Aufhören der Länderwirtschaft und mit dem Vorhandensein des unitarischen Deutschlands erfolgen könne.“ Den Einheitsstaat im Auge habend, vertrat der „Reichsverband des deutschen Groß- und Überseehandels“ auf seiner diesjährigen Tagung den Standpunkt, „daß die schwierige deutsche Finanz- und Wirtschaftslage auch eine möglichst baldige Verfassungsreform zur unabweisbaren Notwendigkeit machen, da nur dadurch wirklich durchgreifende Ersparnisse möglich seien.“ [...] In all diesen Anklagen gegen den „Verwaltungsluxus“ und die „sinnlose Verschwendung von Geld und Energie, wie er durch die augenblickliche Länderverfassung bedingt“ sein soll, ist nicht einmal die Spur des Versuches eines zahlenmäßigen Beweises zu finden. Soweit man es der Mühe wert findet, überhaupt Zahlen zu nennen, hört man immer wieder die übermäßige Zahl der Minister und der Landesparlamente nennen. Mit diesen Zahlen hat auch der preußische Ministerpräsident Braun in seiner Rede vor der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten in Berlin im Februar dieses Jahres gearbeitet, wo er die Kostspieligkeit des „Nebeneinander von Reich und Ländern“ nachweisen wollte. Er sieht den Grund der zu teuren Verwaltung in Deutschland in dem Umstande, daß wir außer den Reichsministerien 18 Ministerien mit insgesamt 58 Ministern haben, daß wir 17 Landesparlamente und 17 Reichsratsvertretungen besitzen würden. Die unmittelbaren Kosten dieses Länderapparats berechnet der preußische Ministerpräsident auf 15 Millionen Mark, in der weiteren Auswirkung berechnet er ein Mehr an Verwaltungsausgaben über das Notwendige hinaus, das mit dem Zehnfachen dieser Summe eher zu hoch als zu niedrig geschätzt sein soll. Wäre diese Berechnung richtig, so wären selbst diese 15 bzw. 150 Millionen Mark im Vergleich zu einem Gesamtetat des Reichs von 7,7 Milliarden jährlich sicherlich kein erschütterndes Argument gegen die Aufrechterhaltung der in föderalistischen Traditionen wurzelnden Struktur des deutschen Reiches. Denn schließlich ist das Deutsche Reich doch noch mehr als eine wirtschaftliche Angelegenheit. Die ganze deutsche Kultur ist so innig mit den historischen Grundlagen des Reichs, die föderativer Natur sind, verbunden, daß 150 Millionen Einsparungen in einem Haushalt von 7,7 Milliarden wirklich nicht das Experiment einer staatsrechtlichen Umwälzung rechtfertigen könnten, die die schwersten innerpolitischen Erschütterungen und die Ertötung der Reichsfreudigkeit in weiten Gebieten des Reichs zur Folge haben müßte. Die vom preußischen Ministerpräsidenten Braun aufgestellte und von der unitaristischen Propaganda nachgebetete Berechnung hält aber einer eingehenderen Untersuchung nicht stand. Will man einen Anhaltspunkt dafür gewinnen, wie hoch sich die Mehrkosten des herrschenden Systems ungefähr belaufen, so muß man den Kostenaufwand berechnen, den alle jene Staatsausgaben bedingen, die durch die heutige bundesstaatliche Verfassung des Reiches bedingt sind. Man wird hier zunächst einen Schritt weiter gehen, wie die Braunsche Berechnung, die sich nur auf die Gehälter für die Minister, auf die Kosten der Landesparlamente und der Vertretungen im Reichsrat erstrecken. Gesetzt den Fall, mit dem Wegfall der Länder würde auch ihr gesamter staatlicher Zentralapparat wegfallen, so würde sich auf Grund einer Zusammenstellung aus den Etats der sieben größten Länder folgendes Bild ergeben. Darnach betragen für den jeweiligen Landtag und die gesamten persönlichen und sachlichen Kosten der Ministerien in

Preußen	24 852 629 Mark
Bayern	6 752 900 Mark
Sachsen	6 342 800 Mark
Württemberg	4 664 600 Mark
Baden	3 340 140 Mark
Hessen	2 614 211 Mark
Thüringen	3 860 740 Mark
<hr/>	
Gesamtsumme	52 428 020 Mark

Der hierbei auf die nicht berücksichtigten acht kleineren Länder fallende Betrag macht im höchsten Fall 5 Millionen Mark aus. Die drei freien Reichsstädte Hamburg, Bremen, Lübeck erfordern hier keine Berücksichtigung, weil sich in ihrer Verwaltungsorganisation auch im Einheitsstaat kaum etwas ändern wird. Der gesamte Aufwand für den Zentral- und Landtagsapparat der Länder macht also rund 58 Millionen Mark im Jahre aus, das sind etwa 0,7 Prozent der gesamten Staatsausgaben im Deutschen Reich.

Nun kann natürlich gar keine Rede davon sein, daß der Zentralapparat in den Ländern vollkommen verschwindet, vor allem dann nicht, wenn der Einheitsstaat nach dem Prinzip der starken Dezentralisierung und weitgehender Selbstverwaltung organisiert werden soll, wie es die Unitaristen stündlich versichern, um ihre Absichten populär zu machen. In den Reichsprovinzen würden an die Stelle der Landesparlamente Provinziallandtage, an die Stelle der Staatsministerien Provinzialpräsidialbehörden treten. In einer Berechnung, die Ministerialrat Dr. Paul Hammer in der Zeitschrift „Steuer und Wirtschaft“ in Beantwortung der Frage „Ist der Einheitsstaat billiger als der Bundesstaat?“ angestellt hat, kommt er für die bayerischen Verhältnisse zu folgenden Schlüssen. In den meisten Haushalten des bayerischen Staatshaushaltes wie Staatsforstverwaltung, Berg-, Hütten- und Salzwerke, Staatsbank, Münzanstalt, Stempelabgaben usw., direkte Steuern würden sich Änderungen im Falle des Einheitsstaates überhaupt nicht ergeben. Die Kosten eines Provinziallandtages gegenüber dem jetzigen Landtag ließen sich nach Hammer vielleicht um 300 000 Mark vermindern. Sehr zu recht wird darauf hingewiesen, daß von den bisherigen Kosten sämtlicher Ministerien auch im Einheitsstaat alle Kosten einschließlich aller sachlichen und persönlichen Ausgaben bleiben werden, die heute in den einzelnen Ministerien für den Gesetzesvollzug und die eigentliche Staatsverwaltung entstehen. „Die Referenten, die im Justizministerium das Gefängniswesen zu beaufsichtigen haben, die Begnadigungen vorbereiten, die Polizeireferenten des Staatsministeriums des Innern, Baureferenten und Gemeindereferenten, die Schulfreferenten und Kulturreferenten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, ferner alle die Beamten, die im Staatsministerium der Finanzen mit der Aufstellung und dem Vollzuge des Haushalts, mit den Landesabgaben und der Verwaltung des Staatsvermögens betraut sind, endlich alle Beamte, denen in den Staatsministerien für soziale Fürsorge, für Landwirtschaft und für Handel usw. die Wahrnehmung der bayerischen Wirtschaftsinteressen sowie die Leitung der öffentlichen Fürsorge einschließlich des Wohnungswesens obliegt usw., werden ebenso auch im Einheitsstaate notwendig sein und schließlich ihre Dienste anstatt in einem ‚Ministerium‘ im ‚Oberpräsidium‘ zu leiten haben.“

Wir sehen, daß die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung und des Ausbaues einer Provinzialverwaltung die durch den Wegfall der bisherigen Zentralverwaltung eintretenden Ersparnisse ziemlich illusorisch machen würde. Dazu kommt aber, daß die Beseitigung der staatlichen Hoheitsverwaltungen die Übertragung der gesamten oberaufsichtlichen Leitung in allen Fragen der Staatsverwaltung an die Reichszentralstellen zwangsläufig zur Folge haben muß. Man mag im Einheitsstaat noch so stark dezentralisieren, der Apparat der zentralen Reichsverwaltung wird bedeutend verstärkt werden müssen. Man denke nur an das Reichsinnenministerium, dem dann die oberaufsichtliche Leitung in allen Fragen des Unterrichts- und Kultuswesens, des Polizeiwesens, der Kunstpflege und überhaupt all der Aufgaben, die heute bei uns dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Unterricht und Kultus obliegen, soweit letztinstanzielle Angelegenheiten in Frage kommen, zufallen würde. Man würde wohl bald dazu übergehen müssen, ein eigenes Reichsunterrichtsministerium zu schaffen. Für die leitende Reichsbürokratie, die schon jetzt nicht an Appetitlosigkeit leidet, würde sich ein endloses Feld der Betätigung auftun. Ihrem Machthunger wären dann keinerlei Grenzen gesetzt. Ihr Wille und ihr Einfluß in der Richtung eines zentralistisch geleiteten Staates würde sich als stärker erweisen, als das Verlangen der Politiker nach Dezentralisation und Selbstverwaltung. Man glaube ja nicht, daß der Kampf zwischen Unitarismus und Föderalismus, der jetzt die deutsche Innenpolitik bewegt, dann überwunden sein würde. Er würde sich als stetige Auseinandersetzung zwischen zentralistischer Machtüberspannung und Streben nach Autonomie und Selbstverwaltung fortsetzen und vielleicht zu Schärfen führen, gegen die das heutige Ringen der Geister ein Kinderspiel ist.

Es würde dann wohl auch bald der Zeitpunkt eintreten, wo die Wirtschaft erkennen würde, daß ihre Hoffnungen auf Verbilligung des Systems und auf Senkung der Steuern völlig eitel waren. In wirtschaftlichen Kreisen ist man heute vielfach nicht gut auf die kommunale Selbstverwaltung zu sprechen und erhofft sich von einer Reichskontrolle über die Gemeindefinanzen sehr viel. In einer Rede, die Reichsfinanzminister Dr. Köhler Ende Oktober dieses Jahres im Haushaltsausschuß des Reichstages gehalten hat, wies er sehr überzeugend darauf hin, daß die Verwirklichung eines solchen Verlangens die Einführung eines übersteigerten Verwaltungsapparates notwendig machen würde: „Ein Verwaltungsapparat, der 60 000 Gemeinden nachprüfen müßte und sich über den der Länder türmen würde, würde den Ablauf der Verwaltungsarbeit durch Vermehrung der Reibungen auf das empfindlichste stören. Wenn man hier nicht Wertloses oder sogar für die Staatspraxis Gefährliches tun will, so muß auf eine unmittelbare und allgemeine Kontrolle des Reichs über die einzelne Gemeinde verzichtet werden.“

Das Beispiel für diesen Einzelfall gilt für alle Zentralisierungsmaßnahmen. Es wird nicht billiger, es wird teurer werden. Die Meinung, daß der Einheitsstaat billiger sei, als ein Reich, das sich aus Ländern mit staatlichen Hoheitsrechten, die in Deutschland allein wahre Autonomie und Selbstverwaltung verbürgen, zusammensetzt, beruht auf einem schweren Trugschluß. Die Notwendigkeit eines Einheitsstaates läßt sich mit finanziellen Argumenten überhaupt nicht begründen. Das Schlagwort von der größeren Billigkeit ist nichts als ein Köder. [...]

(Der Deutsche Süden. Zeitschrift für alle Gebiete der Wirtschaft Nr. 12 vom 10.12.1927)

**Dok. 13: Ansprache des Staatsministers der Justiz,
Dr. Franz Gürtner, beim Festakt der Bayerischen
Staatsregierung zum Ende der französischen Besatzung
in der Rheinpfalz
(Speyer, 1. Juli 1930)**

Nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg marschierten die alliierten Siegermächte in die linksrheinischen Gebiete des Reiches ein und hielten diese auch nach Abschluss des Friedensvertrags militärisch besetzt. Die bayerische Rheinpfalz gehörte dabei zur sog. III. (französischen) Zone, die am längsten besetzt blieb und erst Mitte 1930 geräumt wurde. Die Staatsregierung richtete aus diesem Anlass eine „Befreiungsfeier“ aus, Justizminister Gürtner (DNVP) hielt die Festrede in der Kreishauptstadt Speyer. Darin blickt Gürtner einerseits auf die elfjährige Besatzung zurück, die er als Zeit der Unterdrückung und des Widerstands beschreibt. Die Ansprache zeigt außerdem, wie vorbehaltlos sich auch die bayerische Staatsregierung nationalistische Diskurse zu eigen machte: So rief der Justizminister nicht nur zum Kampf gegen „Friedensdiktat“ und „Kriegsschuldflüge“ auf, sondern bewertete die Besatzung auch als neues Kapitel im „tausendjährigen“ Konflikt um den Rhein.

Verehrte deutsche Männer und Frauen!

Sie sind der Einladung der bayerischen Staatsregierung zu der heutigen Kundgebung aus allen Teilen der Pfalz in Scharen gefolgt. Im Namen der bayerischen Staatsregierung begrüße ich Sie alle mit wärmster Herzlichkeit. Mit dem gestrigen Tage ist das bisher besetzte Gebiet endgültig von der fremden Militärmacht verlassen worden. Die Pfalz und die übrigen Rheinlande sind befreit von den Fesseln, in die sie fremde Gewalt länger als ein Jahrzehnt geschlagen hatte. Die Bevölkerung des ganzen deutschen Rheingebietes atmet auf nach den Schreckenstagen der Unfreiheit und Bedrückung, der körperlichen und seelischen Verfolgung. Ein tiefer Zug der Erleichterung geht durch die Reihen unserer Brüder und Schwestern, die vom November 1918 an die fast ungeschützten Objekte fremder politisch-militärischer Eroberungssucht geworden waren. Das so lange geknechtete Volk will der Genugtuung und der Freude über diese endliche Erlösung aus tiefster Seele öffentlich Ausdruck verleihen. Was länger als 11 Jahre mit Gewalt niedergehalten wurde, was sich in dieser langen Zeit in sich selbst verkriechen mußte, an Gedanken, Wünschen, Hoffnungen und Worten, das ringt sich nun mit elementarer Wucht aus aller Herzen und von aller Lippen! Der Kampf um die Befreiung von fremder Macht ist nicht umsonst gekämpft worden. Aus einem Volk, das in die Fesseln der Unfreiheit geschlagen war, ist wieder ein Volk geworden, das sich frei entscheiden und sein Geschick selbst bestimmen kann, ein Volk, das vor allem sein Bekenntnis zu seinem Deutschtum ohne Angst und ohne Gefahr ablegen darf.

Mit dem gestrigen Tag hat eine Phase in den Kampf um den deutschen Rhein, hat eine neue Periode in der fast tausendjährigen Kriegspolitik der Rheingelüste Frankreichs ihren Abschluß gefunden. Was Frankreich in den Krieg trieb, was es während des Krieges als sein Kriegsziel formulierte und

was in mehr als elfjähriger Besetzung der Rheinlande und der Pfalz praktizierte, das ist alles Ausfluß der Rheineroberungsabsichten, die seit tausend Jahren seine Politik beherrschen und die seit dieser Zeit immer wieder in Europa Zwist, Hader, Krieg, Verelendung und Vernichtung angerichtet haben. Das, was Frankreichs Kriegsziel in bezug auf den Rhein und die Rheinlande bei Kriegsende gewesen ist, was ihm aber durch den Widerstand der Welt zu erreichen nicht möglich war, das sollte durch die Besetzung der Rheingebiete auch noch nach dem Kriege und nach dem verhängten Versailler Diktat unter allen Umständen erreicht werden. „Pénétration pacifique“ oder rücksichtslose Gewalt, das eine wie das andere war auf dasselbe Ziel gerichtet: Die Einverleibung des ganzen linken Rheinufer in die französische Politik. Ihm dienten der völkerrechtlich unerhörte Ruhreinbruch mit seiner völligen Abschnürung der Pfalz vom übrigen Deutschland und die Heranzüchtung und Betreuung der gewissen- und ehrlosen Separatisten, die beide so furchtbares Unheil über die Pfalz gebracht haben. Bis in das innerste Heiligtum der Familie wurde mit rauer Hand eingegriffen. Die Spionage entfaltete einen Hochbetrieb ohnegleichen. Denunziationen und Anzeigen ohne Zahl wurden provoziert und die französischen Kriegsgerichte haben eine Rechtsprechung gegen unsere treuen Volksgenossen geübt, die heute schon dem Fluch der Geschichte verfallen ist. Wirtschaftsnot und Wohnungsnot wurden mit Vorbedacht ins Unermeßliche gesteigert. Und wer nur in dem leisen Verdacht war, an seinem Deutschtum festzuhalten, es in jeder Lage zu bekennen und zu vertreten, wer die Einigkeit hochhielt und die innere Einheit des Volkes gegen die zerklüftenden Mächenschaften und Verbrechen der gedungenen Separatisten schützte, oder wer sonst seine Pflicht als Deutscher tat, der mußte damit rechnen, brutal von Haus und Hof gejagt und ausgewiesen zu werden, der durfte sich darauf gefaßt machen, an Leib und Vermögen schwersten Schaden erdulden zu müssen. Ganz zu schweigen von der brennenden Schmach, die so vielfach den Frauen und Mädchen von einer fremden Soldateska und namentlich von den ihn Frankreichs Solde stehenden schwarzen Soldaten angetan wurde. So umfaßt denn die mehr als elfjährige Besetzung des deutschen Rheingebietes und vor allem unserer Pfalz eine Unsumme von seelischen und körperlichen Leiden und Qualen, aber auch eine Unsumme von Heroismus des mißhandelten Volkes!

Wie waren doch die Eroberer in den ersten Wochen und Monaten ihrer Sache so sicher! Mit welchem Hohn und Spott überschütteten sie die, die an das Unzerstörbare des Deutschtums und an die siegreiche Macht der deutschen Treue unbeirrbar glaubten! Die Zeit hat die Franzosen eines Besseren belehrt. An der unvergleichlichen Opferbereitschaft, an der unentwegten deutschen Treue, an der Arbeitsamkeit und der immerbelebenden Hoffnungssicherheit des rheinischen und pfälzischen Volkes sind die Kriegsziele der Besetzung völlig zerschellt. Die Fortsetzung des Krieges in der Besetzung hat Frankreichs Rheingelüste auch nicht zum Ziele führen können! An dieser Vereitelung des französischen Zieles war die ganze Bevölkerung ohne Unterschied von Stand und Partei, von Geschlecht und Alter, von Konfession und Geistesrichtung beteiligt. Für sie hat sie das Beste eingesetzt, was sie aus ihrem seelischen oder materiellen Vermögen, aus ihrer geistigen und wirtschaftlichen Kraft darbringen konnte. Hier in der Pfalz waren Beamte und Volk, Arbeiter und Unternehmer, Bauern und Gewerbetreibende, Städter und Dörfler zu einer Einheit zusammengewachsen in der Abwehr und in aufbauender Tätigkeit, die niemand zu zerschlagen in der Lage war. Mehr als einmal haben sich die Franzosen von dieser Tatsache überzeugen müssen! Es wäre ein gewaltiger Gewinn für die ganze europäische Politik, wenn Frankreich aus dem Verlauf und dem

Ergebnis der Besetzung endlich und dauernd die Überzeugung gewänne, daß seine Rheingelüste nichts als verhängnisvolle Illusionen sind! Verhängnisvoll für es selbst und für Europas Politik und Stellung in der Welt.

Heute aber, da wir den ersten Tag der Wiederbefreiung in tiefer Ergriffenheit und mit heißem Dank gegen unseren Herrgott, der uns nicht im Stich gelassen, begehen, ist es mir ein tiefes Bedürfnis, zuerst derer in stiller Wehmut zu gedenken, die für die Freiheit und Wohlfahrt der Heimat ihr Leben geopfert haben und dann allen den tiefsten Dank der bayerischen Staatsregierung zum Ausdruck zu bringen, die in irgendeiner Weise mitgeholfen haben, die Befreiung von fremden Besatzung schon heute zu erreichen. Dieser Dank gilt allen ohne Unterschied, den in Frage kommenden Staatsmännern und Politikern, insbesondere auch den Wirtschaftlern, Beamten, Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeitern, die durch die Harmonie ihrer Haltung und Tätigkeit die stärkste Wirkung auf die Weltmeinung und die Politik auch in Frankreich ausgeübt haben. Mit meinem Dank an die freie Pfalz verknüpfe ich auch unseren innigen Glück- und Segenswunsch für die Zukunft und das Gelöbniß, daß das ganze rechtsrheinische Bayern alles daran setzen wird, um für die Pfalz und die Pfälzer Bevölkerung eine bessere und glücklichere Zukunft sichern zu helfen.

Wir zu wissen zu gut, wie furchtbar die Wirkungen der Besetzung auf Pfälzer Volk und Land in Wirtschaft, Handel und Verkehr, in der Pflege und Förderung des seelisch-geistigen Lebens und in der Erhaltung und der Entwicklung wertvollster Kulturgüter gewesen sind. Der Gedanke an diese furchtbaren Wirkungen läßt es heute nicht zu, ein hochgestimmtes Jubelfest zu feiern, wie sich denn auch eine Reihe anderer ernster Tatsachen als schwere Schatten auf diese Kundgebung senken und eine ungetrübte Freude nicht aufkommen lassen. Ich spreche mit Absicht nicht von der überaus bedrohlichen Lage unserer Wirtschaft, unserer Finanzen, unserer Politik. Aber übersehen darf ich nicht die Tatsache, daß das nunmehr befreite Gebiet trotz der Befreiung ein Gebiet minderen Rechts bleibt, weil ihm die „Entmilitarisierung“ auferlegt ist und auferlegt bleibt. Das ganze linke Rheinufer und 50-Kilometer-Zone rechts des Rheins unterliegen auch heute noch den mit dem Worte „Entmilitarisierung“ angedeuteten Vorschriften der Unfreiheit und des Zwangs.

Und dann das deutsche Saargebiet und die Saarpfalz! Sie schmachten und seufzen noch immer unter der ihnen durch das Versailler Friedensdiktat aufgezwungenen Fremdherrschaft. Die Gedanken der Saar sind unsere Gedanken, ihre Trauer ist unsere Trauer und ihre Forderung ist unsere Forderung: Das Saargebiet muß in kürzester Frist zurück zum deutschen Mutterlande, die Saarpfalz zurück zum bayerischen Vaterlande! Auch der Gedanke an die Tributleistungen, die uns in unerhörter Weise weit über das Maß unserer Leistungsfähigkeit auch heute noch auferlegt sind und der Gedanke an geraubtes oder zersetztes deutsches Land im Ostgrenzgebiet und an die Leiden ihrer Bewohner und dazu der Gedanke, daß uns unsere Kolonien auch weiter vorenthalten sein sollen und eine Reihe anderer schwerer Gedanken, die das Versailler Friedensdiktat jeden Tag heiß in Kopf und Seele des deutschen Volkes erstehen läßt, sie lassen uns nicht wahrhaft froh werden. Sie lasten vielmehr auf der deutschen Seele und setzten sie unter unerhörten Druck. Ganz unerträglich aber für uns ist und bleibt die Behauptung aus gegnerischem Munde, daß Deutschland allein oder zur Hauptsache die Schuld am Kriege trage. Jeder von uns, der zu Beginn des Krieges da war und mit eigenem Urteil die Weltbegebenheiten verfolgte, weiß, daß diese Behauptung

tung von der Kriegsschuld Deutschlands eine jeder Wahrhaftigkeit und jeder Gerechtigkeit hohnsprechende, Welt und Völker vergiftende und verderbende Lüge ist. Alles, was uns vorenthalten wird, alles, was uns angetan wird, wird aber auf diese Lüge basiert! Darum darf unser Kampf gegen die Kriegsschuldlüge nicht erlahmen und wir hoffen von der ausgleichenden Gerechtigkeit der Weltgeschichte, daß die Lüge über die deutsche Kriegsschuld sich an ihren Urhebern Vergeltung suchen wird. Und schließlich ist und bleibt es erste und höchste deutsche Ehrenpflicht, den Kampf gegen das schändliche Friedensdiktat von Versailles mit allen Kräften weiterzuführen, bis uns ein gerechter und der Würde und dem Wert des deutschen Volkes angemessener Friede zuteil wird. Wir sind im Schatten des Speyerer Domes, dieses deutschen Kaiserdomes mit seiner großen und wechselvollen Geschichte heute zu dieser Kundgebung zusammengetreten. Dieser Dom hat pfälzisches und deutsches Volk mehr denn einmal im Laufe der Jahrhunderte in ähnlicher oder gleicher Not gesehen wie heute. Ich erinnere nur an die Kämpfe im 14., 15. und 16. Jahrhundert, dann an die Reunionskriege Ludwigs XIV., an die französische Revolution und an die Kriege des ersten Napoleons. Das deutsche Volk am Rhein ist trotz zeitweisen Elendes, zeitweiser Not, Bedrückung und Unfreiheit nicht untergegangen, es hat seine Heimat nicht preisgegeben, sie konnte ihm, weil es in seiner deutschen Treue unbeirrbar blieb, auch nicht genommen werden! Die Idee der Heimat, die Idee der deutschen Volksgemeinschaft, die so überaus lebendig gerade am Rhein und in der Pfalz sich überall durchringt, die Treue und Liebe der Pfälzer zum offenen Wort und zur befreienden Tat übernehmen auch heute wieder dafür die Gewähr, daß sie mit gleicher Kraft und Zähigkeit wie ihre Vorfahren in früheren Jahrhunderten Freiheit und Wohlfahrt des Rheingebietes und der schönen Pfalz betreuen und die Zeiten der Knechtschaft, des Elendes und der Unfreiheit endgültig überwinden. In dieser Überzeugung machen wir Gelöbnis: Unser höchster Stolz und unser erstes Ziel ist und bleibt, freie Deutsche im freien Deutschland zu sein und zu bleiben!

(Rede abgedruckt in: Bayerische Staatszeitung Nr. 149 vom 02.07.1930)

**Dok. 14: Stenographischer Bericht der sog. Skandalsitzung
im Bayerischen Landtag am 17. Juni 1932
(Tumulte angesichts des Saalverweises der
NSDAP-Fraktion wegen Uniformtragens)**

Nachdem die NSDAP ihren Stimmenanteil bei der Landtagswahl 1932 mehr als versechsfacht hatte, intensivierte die Hitler-Partei auch in Bayern nochmals ihren Kampf gegen Demokratie und Rechtsstaat. Angesichts der Weigerung der Staatsregierung, das bestehende Uniformverbot aufzuheben, kam es dann bereits in der vierten Landtagssitzung zum offenen Eklat. Die gesamte NS-Fraktion erschien demonstrativ im Braunhemd und provozierte damit ganz gezielt ihren Saalverweis – mit dieser Aktion wollte sie nicht zuletzt das Parlament als Institution lächerlich machen. Die Abgeordneten weigerten sich deshalb auch, den Saal zu verlassen und sorgten stattdessen für tumultartige Szenen im Plenum. Hier das Protokoll der Sitzung:

Landtagspräsident Dr. Stang: [...] Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß heute die Nationalsozialistische Fraktion in der Uniform eines politischen Verbandes hier im Saale erschienen ist, nötigt mich zu folgender Feststellung:

Am 6. Juni 1930 haben Mitglieder dieses Hauses ebenfalls den Saal in Parteiuniform betreten. Ich habe damals den Standpunkt eingenommen – und das Haus hat diesen Standpunkt durch sein Einverständnis gebilligt

(Abgeordneter Dr. Buttman: Damals!)

daß das Auftreten in der Uniform einer Partei und eines politischen Verbandes einen demonstrativen und provokatorischen Charakter hat.

(Abgeordneter Wagner Adolf: Donnerwetter!)

Ich stelle fest, daß ich das damals mit Einverständnis des Hauses erklärt habe.

(Zurufe von den Nationalsozialisten: Damals!)

Ich habe damals unter Billigung des Hauses

(Zuruf von den Nationalsozialisten: Das gilt heute nicht mehr!)

die Forderung erhoben, daß in Zukunft das Auftreten in Uniform zu unterbleiben hat.

(Zuruf von Nationalsozialisten: Sie haben vergessen, daß inzwischen der Landtag neu gewählt worden ist!)

Demonstrationen und Provokationen

(lebhafter Widerspruch bei der Nationalsozialistischen Partei)

sind heute wie ehemals nicht am Platze in diesem Hause.

(stürmische Zurufe von den Nationalsozialisten.)

Demonstrationen und Provokationen...

(erneute stürmische Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

Ich bitte, mich reden zu lassen.

(Lebhafte Zurufe von den Nationalsozialisten.)

Demonstrationen und Provokationen...

(Zuruf von Nationalsozialisten: Sie müssen sich an dieses Bild gewöhnen!)

sind eine gröbliche Störung der Ordnung in diesem Hause. Ich weise infolgedessen aufgrund des § 31 Abs. 2 der Geschäftsordnung folgende Mitglieder aus dem Saale aus:

(Stürmische Zurufe von Nationalsozialisten: Wir bleiben hier!)

Die Herren Abgeordneten Stahl, Leyser, Liebel, Schubert...

(Fortgesetzte stürmische Zurufe von den Nationalsozialisten; große Unruhe)

[...] und sämtliche Mitglieder der Nationalsozialistischen Fraktion mit Ausnahme des Herrn Abgeordneten Wittje.

(Fortgesetzte stürmische Zurufe der Nationalsozialisten)

(Die Namen der infolge der Unruhe nicht verlesenen, in Parteiuniform erschienen und daher nach den Ausführungen des Präsidenten ausgeschlossenen Mitglieder der Nationalsozialistischen Fraktion sind folgende: [folgen die Namen von 38 Abgeordneten])

(Abgeordneter Esser springt auf die Rednertribüne und ruft in den Saal: Unserm Führer Adolf Hitler ein dreifaches Heil!, Heil!, Heil!; der Regierung Held ein dreifaches Nieder!, Nieder! Nieder!; in das die Nationalsozialisten lebhaft einstimmen.)

(Allgemeine Unruhe)

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Nationalsozialisten stimmen das Horst-Wessel-Lied an, in das auch Tribünenbesucher einstimmen.)

(Die Sitzung wird um 9 Uhr 13 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 10 Uhr 12 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Ich darf bekanntgeben, daß die Tribünen auf meine Veranlassung geräumt worden sind.

(Zuruf von den Kommunisten: Zur Geschäftsordnung!)

Ich stelle weiter fest, wenn eine Räumung der Tribünen erfolgt ist, die Tribünen für die ganze Dauer der Sitzung gesperrt bleiben.

Ich habe vorhin auf Grund der Vorschriften der Geschäftsordnung, § 31 Abs. 2 die von mir verlesenen und sämtliche anderen Mitglieder der Nationalsozialisten Fraktion, die in Uniform erschienen sind, aus dem Saale gewiesen.

(Abgeordneter Dr. Buttman: Zur Geschäftsordnung!)

Sie haben dieser Aufforderung nicht Folge geleistet. Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung

(Abgeordneter Streicher: Da steht nichts in der Geschäftsordnung von Braunhemden!)

haben diese Herren – das sind sämtliche Herren der nationalsozialistischen Fraktion

(Zuruf von den Nationalsozialisten: Sind Sie ruhig, treten Sie ab!)

mit Ausnahme der Herren Wittje und Graßl, die erkrankt bzw. beurlaubt sind, sich ohne weiteres den Ausschluß auf die Dauer von acht Tagen zugezogen.

Ich verlange –

(Abgeordneter Dr. Buttman: Ich habe ums Wort zur Geschäftsordnung gebeten!)

Sie haben kein Recht, überhaupt zur Geschäftsordnung zu sprechen

(Rufe von den Nationalsozialisten: so so!)

weil Sie aus der Sitzung ausgewiesen sind.

(Lebhafte Zurufe von den Nationalsozialisten.)

Sie haben kein Recht zu sprechen, solange Sie ausgeschlossen sind. Ich stelle also fest, daß die sämtlichen Herren der Nationalsozialistischen Fraktion mit Ausnahme der Herren Abgeordneten Wittje und Graßl wegen der Weigerung, der Aufforderung des Präsidenten zum Verlassen des Saales Folge zu leisten, auf acht Tage nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung ausgeschlossen sind.

(Zurufe von den Nationalsozialisten: Da können Sie warten!)

Dieser Ausschluß bedeutet, daß sie auch nicht an Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen können!

(Zurufe von den Nationalsozialisten: Pfui Teufel!)

Ich fordere Sie auf, den Saal zu verlassen.

(Abgeordneter Dr. Buttman: Sie haben mir das Wort zur Geschäftsordnung nicht gegeben!)

Ich fordere Sie auf, den Saal zu verlassen.

(Die nationalsozialistischen Abgeordneten leisten der Aufforderung des Präsidenten zum Verlassen des Saales keine Folge.)

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Stürmische Rufe der Nationalsozialisten: Pfui Teufel!)

(Die Sitzung wird um 10 Uhr 14 Minuten unterbrochen.)

[*Während der Unterbrechung eskortiert die Polizei die Abgeordneten der NSDAP-Fraktion aus dem Saal.*]

Die Sitzung wird um 11 Uhr 10 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang wieder aufgenommen.

Präsident: Ich habe zunächst festzustellen, daß die von mir vorhin nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung auf die Dauer von acht Sitzungstagen ausgeschlossenen Mitglieder des Hauses sich geweigert haben, den Sitzungssaal zu verlassen. Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung tritt bei einer wiederholten Weigerung, den Aufforderungen des Präsidenten zum Verlassen des Sitzungssaals Folge zu leisten, der Ausschluß auf 20 Sitzungstage ein. Ich darf hinzufügen, daß während der Dauer der Ausschließung diese Mitglieder des Hauses auch an Ausschlußsitzungen teilzunehmen nicht berechtigt sind.

(Abgeordneter Schaper: Dann brauchen Sie nicht Stellung zu nehmen zu den Anträgen der Kommunisten auf Arbeitsbeschaffung. Das ist ein gutes Manöver!)

Das ist kein Manöver, sondern eine zwangsläufige Folge der Geschäftsordnung.

(Abgeordneter Schaper: Die Nationalsozialisten hab ich gemeint!)

Im Übrigen muß ich auch noch folgendes hier feststellen. Die Herren der Nationalsozialistischen Fraktion, die ausgeschlossen wurden, haben auch nach der Sitzung den Sitzungssaal nicht verlassen, sie haben im Sitzungssaal sich präsidiale Geschäfte und Befugnisse angemahnt. Es wird eine Aufgabe des Vorstandes und des Ältestenrats sein, zu dieser Anmaßung Stellung zu nehmen und die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

(Sehr richtig! bei der Bayerischen Volkspartei.)

Das möchte ich besonders gesagt haben gegenüber den Mitgliedern der Nationalsozialistischen Fraktion, die Mitgliedern des Direktoriums sind.

(Sehr gut! bei der Bayerischen Volkspartei.)

(Verh. Landtag 1932/33, Bd. I, S. 51–53.)

Dok. 15: Rede Wilhelm Hoegners auf dem SPD-Bezirksparteitag am 25.9.1932 in München [Auszüge]

Auf dem SPD-Bezirksparteitag zum Auftakt des zweiten Reichstagswahlkampfes 1932 hielt der Landtagsabgeordnete Wilhelm Hoegner eine Grundsatzrede zur politischen Lage. Er richtete scharfe Angriffe gegen das Präsidialkabinett von Papen, versuchte jedoch auch tiefergehende Ursachen für die Krise der Weimarer Republik aufzuzeigen und kam hierbei zu bemerkenswerten Einschätzungen: So prangerte Hoegner u. a. eine Taktik der Zerstörung der Demokratie mit demokratischen Mitteln an, sah in der unnachgiebigen Haltung der Siegermächte einen Hauptgrund für das Wiedererstarken des Nationalismus und kritisierte die Durchsetzung öffentlicher Institutionen mit Gegnern der Republik. Alle diese Tatsachen hätten auch zur Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung beigetragen, für die jedoch ebenso die spalterische Politik der KPD verantwortlich sei.

Genossinnen und Genossen!

Deutschland ist das Land der unbegrenzten politischen Möglichkeiten geworden. Zum fünften Male in diesem Jahre rüsten wir zur Wahl und stellen damit alle Völker der Welt in den Schatten. Zum fünften Male wird das deutsche Volk von den wilden Wogen der politischen Leidenschaften überflutet, und es gibt Leute, die nichts sehnlicher wünschen, als daß es darin ertrinken soll.

Man hat heuer das erstmal den Reichstag aufgelöst mit der Begründung, daß seine Zusammensetzung nicht mehr dem Volkswillen entspreche. Aber als der neugewählte Reichstag durch Annahme der Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung mit 512 gegen 42 Stimmen und durch Aufhebung der Notverordnungen dem wirklichen Volkswillen Ausdruck verleihen wollte, hat ihn der Reichspräsident wiederum nach Hause geschickt. Das beweist, daß man in den Kreisen hinter der jetzigen Reichsregierung nie daran gedacht hat und gar nicht daran denkt, sich nach dem Volkswillen zu richten. Wie man diesen Volkswillen achtet, das hat die Behandlung des Reichstags durch die Regierung gezeigt. Die Regierung hat es sogar abgelehnt, im Überwachungsausschuß des Reichstags zu erscheinen, obwohl sie durch ihre Weigerung gegen die Verfassung verstößt. [...]

So müssen wir heuer das zweitemal zum Reichstag wählen, weil die Zusammensetzung der Volksvertretung nicht dem Willen der Reichsregierung entspricht. Dieser Wille der hinter der jetzigen Reichsregierung stehenden Kräfte des alten Feudalismus und der Schwerindustrie soll an Stelle des Volkes zum Träger der Staatsgewalt gemacht werden. Das ist der tiefste Sinn der waghalsigen politischen Versuche, die seit dem Sturz des Reichskanzlers Brüning in Deutschland angestellt werden. Man wagt es zunächst freilich nicht, dieses Ziel durch Ausrufung des Staatsstreichs zu erreichen. Deshalb will man die Demokratie durch die Mittel der Demokratie zugrunde richten. Man will das deutsche Volk sich totwählen lassen. Man sucht durch Nichtbeachtung von Parlamentsbeschlüssen die Volksvertretung als ohnmächtig, hilflos und abgehaust hinzustellen. So glaubt man, das Volk allmählich mürbe und für die Herrendiktatur reif zu machen. Wir Sozialdemokraten dürfen nicht müde werden, auf die ungeheure Gefahr hinzuweisen, daß die Republik auch an der Hoffnungslosigkeit und Gleichgültigkeit ihrer Bekenner zugrunde gehen kann.

Zur Verschleierung der letzten verfassungsfeindlichen Absichten hat man jetzt schöne Worte wie: „unabhängige, unparteiische, nationale Staatsführung, Umbau des staatlichen Lebens, Verfassungsreform“ und dergleichen gefunden, die jetzt wie Honig von den Lippen der Staatsmänner träufeln. Wir aber wissen, daß dieser Honig vergiftet ist. Denn alle diese politischen Säusler und Süßholzraspler haben weniger das Wohl des gesamten Volkes, als das Wohl jener Herrenschicht im Auge, die nach neuen Vorrechten giert. Da spricht man davon, daß sich die Staatsführung über allem Parteiwesen als unantastbarer Hort der Gerechtigkeit erheben müsse. Aber man ist schließlich noch nicht deshalb unparteiisch, weil man einmal aus einer Partei hinausgeworfen worden ist.⁵ Man ist auch kein Hort der Gerechtigkeit, wenn man in der Wirtschaftspolitik den Ansprüchen seiner industriellen Auftraggeber gerecht zu werden versteht. Sicher hat der deutsche Parlamentarismus viele und schwere Fehler gemacht. Der entscheidende Fehler liegt allerdings beim deutschen Volke selbst. Ein Volk, das in seinem Selbstbestimmungsrecht das höchste Gut erblicken soll, darf nicht den Todfeinden der Volksherrschaft sein Schicksal anvertrauen. Wir hatten aber seit dem 14. September 1930 einen Reichstag, dessen Zusammentritt man jedesmal mit Sorge vor neuen Krawallszenen entgegensehen mußte. Wir hatten im Reichstag vom 31. Juli 1932 unter 608 Abgeordneten 230 Nationalsozialisten, deren Führer ihrer Beteiligung an der Volksvertretung ausdrücklich den Sinn einer Tätigkeit zur Zertrümmerung des Parlamentarismus gibt. Wir hatten dazu noch 89 Kommunisten, die ebenfalls grundsätzlich die Volksherrschaft, Volksvertretung und Weimarer Verfassung ablehnen. Was kann aus einer solchen Volksvertretung Gutes herauskommen? [...]

Was in Jahrzehnten parlamentarischer Kämpfe Stück für Stück mühsam errungen wurde, ist jetzt in das Belieben einer von der Schwerindustrie maßgebend beeinflussten Reichsregierung gestellt. Die deutschen Arbeitnehmer müssen sich endlich einmal klar machen, welcher Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Staatsführung von 1918/19 und der heutigen angeblich nationalen Staatsführung besteht, bei der die Sozialdemokratie ausgeschaltet ist.

Sofort nach dem Umsturz, bereits am 12. November 1918, hat die Sozialdemokratie die sämtlichen Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter aufgehoben. Am 13. November 1918 schon wurde die Erwerbslosenfürsorge eingeführt, am Tage darauf die verhaßte Nacharbeit in den Bäckereien und Konditoreien beseitigt. Durch Verordnung vom 23. November 1918 wurde für alle gewerblichen Arbeiter, auch in Staats- und Gemeindebetrieben, der Achtsturentag festgelegt. Am 14. Dezember 1918 wurden die Invalidenrenten erhöht, am 23. Dezember 1918 erging die grundlegende Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Im Februar 1919 wurde die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe eingeführt, die Arbeitszeit der Angestellten ebenfalls auf acht Stunden täglich begrenzt. Die Weimarer Verfassung hat dann vor allem die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände gebracht. In der Folgezeit gelang es dem Einfluß der Sozialdemokratie, noch das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, das Betriebsrätegesetz und vor allem das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung durchzudrücken. Noch unter der sozialdemokratisch beeinflussten Regierung Hermann Müller von 1928 und 1930 sind die Löhne dauernd gestiegen. [...]

5 Anspielung auf Franz von Papen, der nach der Übernahme der Reichskanzlerschaft aus der Zentrumsparlei ausgeschlossen worden war.

Allein seit 1919 hat die sozialistische Idee in Deutschland – abgesehen von der Mißgeburt des Nationalsozialismus – keine wesentlichen Fortschritte mehr gemacht. Man wird folgende Ursachen dafür heranziehen können:

1. Eine Enttäuschung weiter Volkskreise über die Außenpolitik der Republik
2. den Mangel an Sicherungen gegen innenpolitische Rückfälle
3. die Uneinigkeit der deutschen Arbeiterschaft

Das deutsche Volk war im November 1918 in seiner Gesamtheit für alle Zukunft friedens- und verständigungsbereit. Hätte man uns damals den versprochenen Frieden nach den vierzehn Punkten Wilsons gegeben, der Friede Europas wäre vielleicht für Jahrhunderte gesichert gewesen. Allein die Staatsmänner der feindlichen Mächte haben es nicht verstanden, diese einmalige und einzigartige Gelegenheit zu nutzen. Sie haben das deutsche Volk über ein Jahrzehnt lang einem Fegefeuer der Zahlungsdiktate, der Gebietsbesetzungen, der Drohungen, Erpressungen und Demütigungen ausgesetzt. Man ist gegen uns auf dem Buchstaben des widersinnigen Versailler Vertrages herumgeritten, während man sich auf der anderen Seite selbst der festgelegten Verpflichtung zur Abrüstung unter nichtigen Vorwänden bis heute entzogen hat. Was war da natürlicher, als daß sich über den Millionengräbern abermals der finstere Rachegeist, der Schrei nach Befreiung, der kriegerische Instinkt eines alten Soldatenvolkes erhoben hat. Wenn sich Frankreich heute wieder über das Wiedererwachen des militärischen Geistes in Deutschland und über die freilich recht ungeschickten Noten der Papenregierung zur Abrüstungsfrage entsetzt, so möge es nicht vergessen, daß es diesen Geist durch seine unsinnige Nachkriegspolitik gegen Deutschland aus seiner Totenruhe wieder heraufbeschworen hat. Die Bereitwilligkeit unserer ehemaligen Kriegsgegner zur Streichung der Kriegsschulden kam um reichlich zehn Jahre zu spät.

Für die außenpolitische Leidenszeit der Deutschen Republik wurden von ihren politischen Gegnern im Innern, vielfach wider besseres Wissen, die Unfähigkeit oder gar der schlechte Wille der republikanischen Staatsmänner verantwortlich gemacht. An diesem unerhörten Vorwurf des Vaterlandsverrates vor allem haben die sogenannten „nationalen Parteien“ wieder ihre Brandfackeln entzündet. Durch die ständige Wiederholung und Verallgemeinerung dieses Vorwurfes gegenüber den „Novemberparteien“ haben sie den politischen Mord zum Tagesereignis, den schwelenden Bürgerkrieg zum Dauerzustand gemacht. Die junge Deutsche Republik hat solch verbrecherischen Treiben gegenüber allzu lange die Hände in den Schoß gelegt. Man hat allzu sehr auf den Verstand der Verständigen gebaut, nicht mit den kindlichen Gemütern politisch unreifer Volksmassen gerechnet. Man konnte sich beim besten Willen nicht vorstellen, daß ein mündiges, politisch freigeswordenes Volk jemals sein Selbstbestimmungsrecht verwerfen und wieder nach dem Geßlerhut vom Zwingherrn⁶ verlangen würde. Man hat deshalb gegenüber den im November 1918 politisch und moralisch völlig zusammengebrochenen früheren Herrn von Deutschland auf Zwangsmittel verzichtet. Man hat sich allzu sehr auf heuchlerische Loyalitätsbeteuerungen und billige Lippenbekenntnisse verlassen. Diese Haltung der deutschen Sozialdemokratie, dieser Verzicht auf Rache

⁶ Gemeint: Hermann Gessler, habsburgischer Landvogt aus der Wilhelm-Tell-Legende, der die Schweizerische Freiheitsbewegung zu unterdrücken sucht.

an den früheren Peinigern, zeugt für ihre kulturelle Höhe und ihre gemäßigte Art. Aber jeder Umsturz entzieht den bisher Herrschenden gewisse Vorrechte und macht sie deshalb der neuen Ordnung zum Feind. Ihnen jeden Versuch zur Wiederherstellung des früheren Zustandes aussichtslos erscheinen zu lassen, ist deshalb eine bittere Staatsnotwendigkeit. Wir aber haben damals keinen Volksfeind verbannt, wir haben die wirtschaftliche Grundlage des alten Feudalsystems, den ostelbischen Grundbesitz nicht enteignet, wir haben die monarchistisch gesinnte Bürokratie weiterwirtschaften lassen, wir haben nicht einmal die Machtmittel der Republik, die Reichswehr und die Polizei, ausschließlich mit zuverlässigen Republikanern besetzt, wir haben die Angst der mit uns verbundenen bürgerlichen Parteien vor der roten Flut für republikanische Überzeugung, ihre Biedermannmienen für arglos, ihren kräftigen Handschlag für verlässlich gehalten.

Wir haben also so vieles unterlassen, aber nicht, weil wir gutmütig, dumm oder leichtgläubig waren, sondern weil unsere politische Macht infolge der Uneinigkeit der deutschen Arbeiterschaft in der entscheidenden geschichtlichen Stunde auf schwachen Füßen stand. Die Selbstzerfleischung der deutschen Arbeiterschaft hat uns damals schon um viele Früchte der Staatsumwälzung gebracht. Je stärker dann in den Folgejahren die kommunistische Stimmzahl anwuchs, um so reißender ist es mit dem politischen Einfluß der deutschen Arbeiterschaft bergab gegangen. Heute wird die Erkenntnis dieser Zusammenhänge innerhalb der deutschen Arbeitnehmer immer allgemeiner und immer stärker wird die Sehnsucht nach einer Einigung der deutschen Arbeiterklasse, weil sie offensichtlich die wichtigste Voraussetzung für ihren politischen Wiederaufstieg ist. In der Politik entscheiden aber nicht die heißesten Wünsche, sondern die bittersten Tatsachen. Die Politik der KPD wird haarscharf nach russischem Muster gemacht. Weil in Rußland die Sozialdemokraten von den Bolschewiken ausgerottet wurden, glauben die russischen Bolschewisten und ihre deutschen Nachbeter, dasselbe in Deutschland fertigbringen zu können. Diesem Schemen, diesem Irrwahn wird von den Kommunisten das Glück und die Zukunft des gesamten werktätigen deutschen Volkes zum Opfer gebracht. Solange die Politik der KPD von Moskau aus bestimmt wird, wird diesem selbstmörderischen Tun nicht Einhalt geschehen. Der Glaube an die Demokratie und der Glaube an die Diktatur schließen sich gegenseitig aus. Der Glaube an die Richtigkeit der Volksherrschaft ist Bestandteil einer Weltanschauung. Wir Sozialdemokraten glauben daran, daß nur die Gemeinschaft freier und gleicher Menschen das Ideal menschlicher Gruppenbildung darstellen kann.

Wir haben unter uns dieses Ideal zu verwirklichen gesucht. Die Führung in der Sozialdemokratie ist nicht auf Herrschaft, sondern auf dem Gedanken der Gleichheit und Gleichberechtigung aller Genossinnen und Genossen aufgebaut. Der Führer ist bei uns nur ein Beauftragter, ein Gleicher unter Gleichen, und jedes Mitglied hat gleiches Recht. Wenn wir für uns eine solche Gemeinschaft für gut und richtig halten, so muß sie für alle, auch im Staatsleben, gut und richtig sein. Im Gegensatz dazu besteht bei den Diktaturparteien die Form der Herrschaft nicht nur nach außen hin, sondern auch im eigenen Verband. Bei ihnen wird der Führer nicht gewählt, sondern von oben ernannt. Die einfachen Mitglieder haben nur stumm zu gehorchen. In jeder Herrschaftsform gibt es Unterdrückte, deshalb ist auch der nationalsozialistische und kommunistische Staat auf der Unterdrückung der anderen Parteien und Klassen aufgebaut. [...] Wir stützen uns in unserer Politik auf die besten Kräfte unseres Volkstums, wir sind Träger und Erfüller der geschichtlichen Seh-

süchte, die in dem sog. niederen Volk in Deutschland seit vielen Jahrhunderten gelebt werden. Unsere deutsche Haut können wir nicht abstreifen, selbst wenn wir es möchten. Wir lieben deshalb die Heimaterde, die uns trägt und die uns dereinst bedecken wird. Wir ehren die schöne Sprache, die wir sprechen, wir sind stolz auf die zweitausendjährige Geschichte unseres Volkes, besonders stolz auf die großen Männer, die seit uralter Zeit immer wieder aus dem einfachen Volk hervorgegangen und der ganzen Nation die Fackel des Fortschritts, der Aufklärung und des Ruhmes vorangetragen und ihr den Weg in die Zukunft gewiesen haben. So gilt unsere Arbeit vor allem dem deutschen Arbeitnehmer, dem deutschen Volk. Wir wissen aber auch, daß die Früchte unserer Arbeit unseren Gesinnungsgenossen in allen Ländern, der ganzen Menschheit zugutekommen. Deutsch wollen wir sein im Fühlen und Denken und Handeln, international in der Erkenntnis des gemeinsamen Schicksals unserer Klassengenossen in allen Ländern der kapitalistischen Welt. Hinter uns liegt ein Zeitraum von 14 Jahren, in dem wir versuchten, durch Beteiligung an der Staatsmacht auf dem Wege zum Sozialismus voranzukommen. Heute sind wir abgedrängt und brauchen unsere besten Kräfte nicht mehr in undankbaren Koalitionen erschöpfen. Wir sind wieder frei. Wir stehen ganz allein und bleiben auf unsere eigene Kraft angewiesen. Aber unsere Zeit wird wiederkommen, das sind wir gewiß. Deshalb stürmen wir los und weiter, einer helleren Zukunft entgegen mit unserem alten und unserem neuen Ruf:

Vorwärts und Freiheit!

(Über Demokratie zum Sozialismus! Reichs- und Landespolitik. Rede des Abgeordneten Dr. Wilhelm Hoegner auf dem Bezirksparteitag Sonntag, 25. Sept. 1932 in München, München 1932)

**Dok. 16: Schreiben des faktisch nicht mehr amtierenden
Ministerpräsidenten Dr. Heinrich Held an
Reichskommissar General Franz Ritter von Epp
vom 19. März 1933**

Heinrich Held betrachtete sich auch nach seiner Abreise in die Schweiz weiterhin als amtierender Ministerpräsident und wollte erst dann auf diesen Anspruch verzichten, wenn sich auf verfassungsmäßigen Weg eine neue Regierung bildete. Er schickte den hier vorliegenden Brief deshalb an den „Herrn Reichspolizeikommissar Epp“ und bezeichnete sich als beurlaubt. Held war jedoch auch realistisch genug, um zu erkennen, dass die NS-Machtübernahme de facto eine vollendete Tatsache darstellte. Hauptanliegen seines Schreibens war deshalb, die eigene politische Bilanz gegen Angriffe der NS-Presse zu verteidigen.

La Pineta Lugano-Bissone

An Herrn Reichspolizeikommissar Generalleutnant a.D. von Epp

Hochverehrter Herr General!

Ich habe sehr bedauert, daß ich nicht persönlich von Ihnen Abschied nehmen konnte. Ich hatte den Dienstag Nachmittag [14. März] dafür vorgesehen, konnte Ew. Hochwohlgeboren aber wegen der andauernden Besuche nicht erreichen. Herr Staatsrat Dr. Bleyer hat, wie ich annehme, meiner Bitte entsprochen und Ihnen meine Abreise angezeigt.

Neben meinen Gesundheitsverhältnissen war es vor allem die für mein Amt und meine Stellung gleich unwürdige Lage, in die ich mich durch die Entwicklung der Dinge versetzt sah, die mich zwangen, in Urlaub zu gehen und die Wahrnehmung meiner Amtsgeschäfte meinem gesetzlichen Stellvertreter zu übertragen.

Ich darf diese Gelegenheit benützen, vor Ew. Hochwohlgeboren Klage zu führen über wahrheitswidrige Behauptungen, die Organe der nationalsozialistischen Partei fortgesetzt gegen mich erheben. „Der Führer“, das Blatt der badischen NSDAP, erzählt seinen Lesern, ich hätte am fraglichen Donnerstag [9. März] mit Wien ein Telefongespräch geführt, das mich zum Widerstand ermuntert und den bayerischen Ministerrat veranlasst hätte, die Forderung der bekannten Deputation, Sie, hochverehrter Herr General, zum Generalstaatskommissar zu ernennen, abzulehnen. Die ganze Erzählung ist freie Erfindung, an ihr ist ebenso wenig ein Wort wahr wie an den weiteren Behauptungen des „Führers“, die bayerische Regierung hätte in ihrer Politik die Linie Paris-München-Wien verfolgt. Unter meiner Leitung ist in Bayern reichsdeutsche, antimarxistische Politik gemacht worden, die dem Föderalismus als reichsbildendem Prinzip ergeben war, im übrigen eine starke Reichsgewalt und einen starken Reichswillen von jeher gefordert hat.

Ich bitte ergebenst, einmal die Reichsprotokolle über die Berliner Vorverhandlungen betreffend Locarno, Völkerbund, Länderkonferenz und ihre Ausschüsse zur Reichsreform, meinen Briefwechsel mit der Reichsregierung in fast 9 Jahren meiner Ministerpräsidentschaft sowie die bayerischen Ministerratsprotokolle der gleichen Zeit nachprüfen zu lassen. Sie legen laut Zeugnis ab für meine deutsche Gesinnung und meine nationale Arbeit. Ich habe keine Geheimpolitik getrieben, meine Politik war offen und nachprüfbar für jedermann, sie war keine Konspirationspolitik, hatte nie das geringste zu tun mit separatistischen Tendenzen oder der Aufrichtung einer Mainlinie oder der Anlehnung der bayerischen Politik an einen außerdeutschen Staat. Alle in diese Richtung auslaufenden Behauptungen empfinde ich als schwerste Beleidigungen und als die vollendete Umkehrung der Wahrheit. Das gleiche gilt u. a. auch gegenüber den Behauptungen des gegenwärtigen Kommissarischen Kultusministers Schemm in Nr. 39 der „Bayerischen Ostwacht“.

Ich habe Ihnen gegenüber für die absolute Richtigkeit dieser Feststellungen mein Ehrenwort eingesetzt, da ich den Sinn meiner öffentlichen Lebensarbeit nicht in das Gegenteil verkehren lassen darf und will. Ich bekräftige hiermit die Einsetzung meines Ehrenwortes.

Ich setze Ihr Einverständnis damit voraus, daß ich diesen Brief der deutschen Presse zur Veröffentlichung übergebe.

Verzeihen Sie, hochverehrter Herr General, wenn ich Sie mit diesem Brief in Anspruch genommen habe; ich habe das Vertrauen zu Ihrem Gerechtigkeitssinn, daß er sich auch mir gegenüber nicht versage.

In ausgezeichneter Hochachtung Ew. Hochwohlgeboren ergebener

(gez.) Dr. Heinrich Held, K. Hofrat

(Veröffentlicht in: Regensburger Anzeiger Nr. 80 vom 21. März 1933)